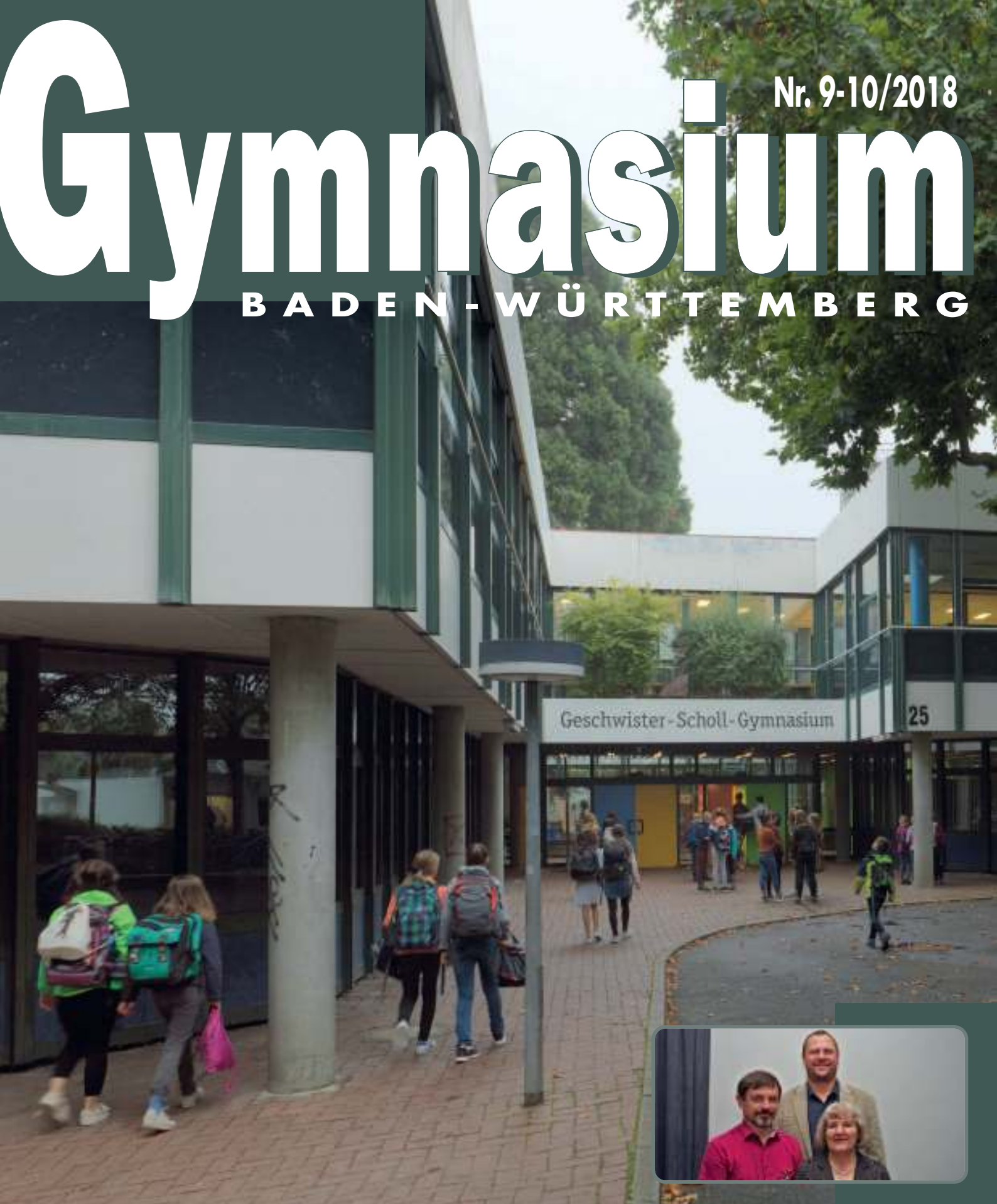


Nr. 9-10/2018

Gymnasium

BADEN-WÜRTTEMBERG



Veränderung an der Spitze des Philologenverbands BW:
Ralf Scholl, Karin Fetzner und Jörg Sobora
bilden das neue Führungstrio



Zeitschrift des Philologenverbandes Baden-Württemberg

Editorial [R. Scholl]	2
GBW-Interview: Ralf Scholl bezieht Position	4
Karin Fetzner: Vorstellungen und Ziele	6
Demokratiebildung und Fach Wirtschaft [C. Santelmann]	7
PhV-Umfrage Datenschutz [C. Santelmann]	8
AKA-Fortbildungsangebot: 'Rente' und Krankheit' [G. Müller-Blechsmidt]	9
Vortrag: 'Bildung als Provokation' [K. Fetzner]	10
Aktuelles aus dem HPR [R. Scholl]	11
Thema aktuell: FDP [Dr. Timm Kern]	12
Stabübergabe bei den Jungen Philologen [M. Scherer]	14
»Widerspruch, Frau Kultusministerin«	15
»Demokratie braucht Bildung – mehr denn je!«	18
Wir trauern um ...	
Wolfgang Goericke [H.-E. Giebel]	19
Lothar Diemer [B. Sieper]	19
Dr. Andreas Horn [B. Saur]	20
'Chancen und Gefahren sozialer Netzwerke im Unterricht'	21

Titelfoto: Geschwister-Scholl-Gymnasium Stuttgart-Sillenbuch

IMPRESSUM

Die Zeitung »Gymnasium Baden-Württemberg« erscheint sechsmal im Jahr. Der Bezugspreis für Mitglieder des PhV ist im Mitgliedsbeitrag enthalten. Bezugspreis für Nichtmitglieder pro Einzelheft »Gymnasium Baden-Württemberg« (inkl. der DPhV-Zeitschrift »Profil«) beträgt 3,- Euro und für ein Jahresabonnement 18,- Euro zuzüglich Versandkosten. Der Betrag wird durch Vorauszahlung jeweils im Dezember erhoben.

Redaktion (kommisarisich):

Hans-Eckhard Giebel
 Ginsterhalde 28 | 71554 Weissach i.T.
 Tel.: 0 71 91 / 5 81 41
 eMail: he.giebel@t-online
 oder über den Herausgeber.

Herausgeber:

Philologenverband Baden-Württemberg
 Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart
 Tel.: 07 11 / 2 39 62 50 | Fax: 07 11 / 2 39 62 77
 Internet: www.phv-bw.de
 eMail: info@phv-bw.de

Verlag:

Pädagogik & Hochschul Verlag
 dphv-verlagsgesellschaft mbh
 Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf
 Tel.: 02 11 / 3 55 81 04 | Fax: 02 11 / 3 55 80 95
 Internet: www.dphv-verlag.de

Anzeigenverwaltung:

Pädagogik & Hochschul Verlag
 Graf-Adolf-Straße 84 | 40210 Düsseldorf
 Tel.: 02 11 / 3 55 81 04
 eMail: dassow@dphv-verlag.de

Redaktionsschluss:

Nov.-Dez.-Ausgabe: 29. Oktober 2018,
Januar-Februar.-Ausgabe: 28. Dezember 2018.
 Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Druckschriften wird keine Gewähr übernommen (ohne Rückporto keine Rücksendung). Alle Manuskripte sind an die Redaktion zu senden, nicht an den Verlag!

Erscheinungstermin: sechsmal jährlich nach Terminplan. Bestellungen, Umbestellungen und Reklamationen bitte direkt an die Geschäftsstelle des Philologenverbandes Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart.

Liebe Leserinnen und Leser,

das neue Schuljahr hat begonnen. Dafür wünsche ich Ihnen viel Energie und vor allem viele positive Erlebnisse mit Ihren Schülerinnen und Schülern. Lassen Sie sich von guten Erfahrungen leiten! Dann ist unser Beruf doch einer der schönsten, die es gibt.

Vorstandswechsel im PhV

Ins neue Schuljahr startet der Philologenverband Baden-Württemberg (PhV BW) mit einigen Veränderungen: Mit der Wahl der neuen Vorstandsmitglieder aus jeweils mehreren Bewerbern in einer sehr harmonischen Atmosphäre und in einem fairen Procedere hat der Philologenverband für die Zukunft eine gute Grundlage geschaffen: Den Delegierten, die mich mit 157 von 208 Stimmen gewählt haben, danke ich herzlich. Ich werde versuchen, alle PhV-Mitglieder in den kommenden Jahren davon zu überzeugen, dass Sie eine gute Wahl getroffen haben. Der Philologenverband soll als der Verband der Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer wahrgenommen werden, der im bildungs- und berufspolitischen Bereich sowohl Gutes bewahrt wie auch Neues zukunftsweisend einbringt.

Durch den plötzlichen Tod unseres seit über achtzehn Jahren amtierenden Schatzmeisters, Dr. Andreas Horn, am 14. August 2018 fallen die Veränderungen im Landesvorstand jetzt deutlich größer aus als geplant. Denn Dr. Horn war nicht nur unser Schatzmeister, sondern in Personalunion auch Pressereferent, Redakteur unserer Verbandszeitschrift 'Gymnasium Baden-Württemberg', Vorsitzender der Satzungskommission sowie Organisator in fast allen internen PhV-Bereichen.

Für seinen unermüdlichen, arbeitsintensiven Einsatz für den Philologenverband, der sich immer unauffällig im Hintergrund abspielte, sind wir ihm zu größtem Dank verpflichtet. Wir werden ihn schmerzlich vermissen. – Mehr zu Dr. Horn lesen Sie im Nachruf von Bernd Saur auf S. 20.

Beherrschende Themen des Sommers 2018

- **Grundschulbereich: Lehrkräftemangel.** Baden-Württemberg geht zur Abde-

© Max Korolentio



Ralf Scholl
 ist Landesvorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg

ckung des GS-Lehrerbedarfs bundesweit einen Sonderweg: An Grundschulen werden Gymnasiallehrkräfte eingestellt mit einer Verbeamtungs-Zusage für das gymnasiale Lehramt nach vier Jahren. 187 gymnasiale Referendarinnen und Referendare haben ein solches Angebot angenommen. Trotzdem konnten landesweit 370 Stellen im Grundschulbereich nicht besetzt werden.

- **Gymnasialbereich: Bewerberüberhang.** Massiv waren die Bewerberüberhänge in allen Sprachen und Gesellschaftswissenschaften. In den Fächern Bildende Kunst und Physik konnte der Bedarf dagegen nicht vollständig gedeckt werden.
- **Integration ausländischer Schüler.** Für **Vorbereitungsklassen** wurden im Juni insgesamt rund 600 befristete Stellen für sämtliche Schulformen nochmals um ein Jahr verlängert. Der extrem späte Zeitpunkt dieser sinnvollen und notwendigen politischen Entscheidung (erst nach den Listen-Einstellungsverfahren) ist allerdings kritikwürdig: Pädagogische Kontinuität zu gewährleisten, wurde dadurch unmöglich.
- **Neue Kursstufe.** Die Umsetzung der neuen Kursstufe an den allgemeinbildenden Gymnasien tritt mit diesem Schuljahr in die akute Phase: Im Herbst sollen die neuen Oberstufen-Informationen ausgegeben werden, sodass die Schülerinnen und Schüler rechtzeitig vor den Vorwahlen über alle Details informiert sind.

Neu ist, dass nur zwei der drei Leistungskurse mit doppelter Gewichtung abgerechnet werden können und dass die Schüler darüber erst am Tag nach Ausgabe des vierten Halbjahreszeugnisses entscheiden müssen.

- **Bildungspläne für die Naturwissenschaften.** Dass die Bildungspläne für die fünf- und dreistündigen Kurse unverändert von den vier- und zweistün-

digen Kursen übernommen werden sollen, ist ein Punkt, zu dem der Philologenverband intensive Gespräche führt. Die Vorstellung im Kultusministerium, die fünfte Stunde in den Naturwissenschaften für Schülerversuche und Praktika vorzusehen, klingt gut. Aber den Schulen fehlt die dafür notwendige Ausstattung. Und vorschreiben möchte das Kultusministerium diese Schülerversuche bzw. Praktika nicht, denn sonst müsste das Land den Kommunen die Gelder für die notwendigen Anschaffungen zur Verfügung stellen. – Wenn man einen qualitativ hochwertigen Unterricht will, ist dieses Vorgehen nach dem Motto »Wasch mich, aber mach' mich nicht nass« meines Erachtens nicht akzeptabel.

- **Sprachen und Gesellschaftswissenschaften.** Die unveränderte Übernahme der Bildungspläne 2016 gilt auch für die fünfständigen Kurse in den Sprachen und Gesellschaftswissenschaften. Nur für die dreistündigen Kurse in den Sprachen werden neue Bildungspläne erarbeitet.

Was sagen Sie zu diesen Planungen des Kultusministeriums? Und vor allem: Wie soll sich der Philologenverband dazu positionieren?

Ich würde mich über Ihre Rückmeldungen freuen.

Personalratswahlen 2019

In diesem Schuljahr finden an den öffentlichen Gymnasien im Mai – turnusgemäß nach fünf Jahren – wieder Personalratswahlen auf allen drei Ebenen statt: Für den

- **Hauptpersonalrat (HPR)** als Lehrkräftevertretung am Kultusministerium,
- **Bezirkspersonalrat (BPR)** als Lehrkräftevertretung an den Regierungspräsidien und
- **Örtlicher Personalrat (ÖPR)** als Lehrkräftevertretung gegenüber den Schulleitungen.

Ich bitte Sie alle herzlich: Unterstützen Sie den Philologenverband durch Ihre Kandidatur in allen drei

Gremien, insbesondere durch eine Kandidatur für den Hauptpersonalrat und den Bezirkspersonalrat. Die Erfahrung zeigt, dass die große Mehrzahl der Kolleginnen und Kollegen hauptsächlich Kandidatinnen und Kandidaten wählt, die ihnen persönlich bekannt sind.

Deswegen benötigen wir möglichst an jedem Gymnasium Kolleginnen und Kollegen, die bereit sind, auf der PhV-Liste zu kandidieren. Dazu muss man nicht einmal PhV-Mitglied sein: Wir haben offene Listen.

Jede Stimme für eine Kandidatin oder einen Kandidaten der PhV-Liste zählt und die Summe aller Stimmen entscheidet über die Zusammensetzung der Gremien.

Ein so überzeugendes Wahlergebnis wie vor fünf Jahren oder sogar noch eine Steigerung würde die Position des Philologenverbandes in allen Verhandlungen mit dem Kultusministerium erheblich stärken und politische Verhandlungsspielräume öffnen.

Bitte helfen Sie uns durch Ihre Kandidatur, damit wir unsere berufs- und bildungspolitischen Forderungen künftig mit noch mehr Nachdruck einbringen können! Wenden Sie sich dazu an Ihre PhV-Schulvertreter oder alternativ an die Geschäftsstelle (info@phv-bw.de)!

Auch wenn Sie an einer Gemeinschaftsschule oder Grundschule unterrichten, können Sie kandidieren. Wir werden versuchen, mit VBE und Realschullehrerverband eine gemeinsame Liste für die Personalratswahlen im GHWRGS-Bereich aufzustellen. Bitte melden Sie Ihre Bereitschaft in diesem Fall direkt der PhV-Geschäftsstelle (info@phv-bw.de)!

In diesem Sinne: Ein erfolgreiches Schuljahr für uns alle!

Ihr

Ralf Scholl
Vorsitzender PhV BW

Der neue Vorstand hat seine Arbeit motiviert und konzentriert begonnen. Neben der notwendigen Neuorganisation der Verbandsspitze und vieler interner Abläufe ist aber auch die inhaltliche Arbeit bzw. deren weitere Vorbereitung in der Zeit von Juli bis Oktober nicht zu kurz gekommen:

Neben einer Stellungnahme des Philologenverbandes zur Artikelverordnung des Kultusministeriums (KM) zur neuen Oberstufe wurden unter anderem folgende Gespräche geführt:

Ein Gespräch ...

- ... mit der ARGE (Arbeitsgemeinschaft gymnasialer Elternbeiräte) am 30. Juli,
- ... mit unserer Kultusministerin, Dr. Susanne Eisenmann, am 4. September,
- ... mit dem bbw-Vorsitzenden Kai Rosenberger 5. September,
- ... mit dem Städtetag am 24. September,
- ... mit der Direktorenvereinigung am 1. Oktober.

Gespräche mit den Bildungspolitikern der Parteien wurden für Ende September und Oktober terminiert. Drei Pressemitteilungen wurden herausgebracht und insbesondere diese Ausgabe von 'Gymnasium Baden-Württemberg' fertig gestellt.

Zudem hat der Vorsitzende ein Radio-Interview, ein Zeitungsinterview und ein Web-Interview gegeben sowie an der Podiumsdiskussion zur Einführung der Oberstufe an der Gemeinschaftsschule in Esslingen am 18. September teilgenommen.

R.S.

Datenschutz erschwert Veröffentlichung von runden Geburtstagen

Aufgrund der im Mai in Kraft getretenen Europäischen Datenschutz-Grundverordnung dürfen wir in GBW leider die Namen und Daten der PhV-Jubilare nur dann veröffentlichen, wenn uns vorab eine schriftliche Zustimmung des jeweiligen Mitglieds dafür vorliegt (eine eMail genügt). Dabei genügt keine 'Pauschalzustimmung', sondern für jede Veröffentlichung muss wieder eine Zustimmung erteilt werden.

Wir bedauern diese Entwicklung, sind jedoch derzeit nicht in der Lage, diese Zustimmung von jedem Pensionär mit rundem Geburtstag einzuholen.

Dies ist der Grund, warum seit der Ausgabe 5/6 2018 Mitglieder mit runden Geburtstagen nicht mehr in einer Geburtstagsrubrik in der GBW-Verbandszeitung erscheinen.

Der neue Vorsitzende des Philologenverbandes BW Ralf Scholl bezieht Position

Fragen und Antworten, Schwerpunkte und gesteckte Ziele künftiger Verbandsarbeit

GBW: Was hat Sie bewogen, sich für den Philologenverband zu engagieren, was hat Sie motiviert?

RALF SCHOLL: Seit rund zwanzig Jahren haben sich die **Rahmenbedingungen** an den Gymnasien langsam, aber beständig immer weiter **verschlechtert**. Die 24. und 25. Stunde 1997 und 2003, die Umstellung auf G8 und auf inhaltsarme, kompetenzorientierte Bildungspläne 2004, zahllose Nullrunden, später die Streichung der Anrechnungstunden und die Verschiebung der Altersermäßigung – alles 'Kröten' – haben wir schlucken müssen.

In meinem eigenen Unterricht musste ich feststellen, dass aufgrund der schlechteren Rahmenbedingungen **von Jahr zu Jahr etwas weniger erreichbar** war. Mein Eindruck war, dass wir Lehrer in ein **immer engeres Korsett** eingeschnürt werden: immer mehr formale Verwaltungsarbeit und zusätzliche Arbeitskreise, immer weniger inhaltliche Arbeit in den Klassen. Zudem wächst der Druck, möglichst gute Noten zu produzieren, statt möglichst viel Bildung und Wissen in den Köpfen der Schülerinnen und Schüler. Immer mehr kam ich zur Erkenntnis, dass ich als einzelner gegen die Verschlechterung der Rahmenbedingungen machtlos bin, sich diese nur politisch ändern lässt.

GBW: Was muss sich nach Ihrer Auffassung in der Bildungspolitik ändern? Wie und an welchen Stellen des Bildungsbereichs wollen Sie im Verbund mit engagierten Kolleginnen und Kollegen vorgehen, um gewünschte Ziele zu erreichen?

RALF SCHOLL: Ich bin der Auffassung, dass das **humboldtische Bildungsideal**, die Erziehung zur eigenen Persönlichkeitsentwicklung, wieder im Zentrum aller Bildungsbemühungen stehen sollte, **nicht** eine recht allgemein formulierte und eher **leere 'Kompetenzorientierung'**. Meine Motivation für die Bewerbung um den PhV-Vorsitz war, mich **gemeinsam** mit motivierten Kolleginnen und Kollegen **für bessere Rahmenbedingungen** unserer Schülerinnen und Schüler wie auch für uns Lehrer selbst an unseren Schulen einzusetzen und **für eine vernünftige Ausrichtung der Bildungspolitik zu kämpfen**; genau das möchte ich als PhV-Vorsitzender mit einem guten Vorstandsteam und mit der Unterstützung engagierter Kolleginnen und Kollegen tun.

GBW: Können Sie einige Beispiele nennen, wie der Verband in der Vergangenheit projektierte Ziele erreicht hat?

RALF SCHOLL: Da fällt mir etwas ein: Beim Treffen mit den CDU-Bildungspolitikern im Sommer 2016 habe ich auf den Änderungsbedarf in der Kursstufe hingewiesen. Damals waren die neuen KMK-Beschlüsse zur Oberstufe noch druckfrisch. Daraufhin wurden wir prompt aufgefordert: »Dann lassen Sie uns doch bitte Ihre Überlegungen

zur Kursstufe zukommen!« Das war der Startschuss für die Entwicklung unserer PhV-Oberstufenkonzeption. Für die Erstellung dieser Konzeption gab es im Herbst 2016 dann wesentliche Impulse aus den Reihen des Verbandes. – Im November 2016 war unsere Konzeption fertig und wurde im Dezember der Kultusministerin und der CDU-Fraktion überreicht. – Im Jahr 2017 wurde dann in drei weiteren Gesprächen mit den CDU-Bildungspolitikern noch nach- bzw. feinjustiert. Ergebnis: Die neue baden-württembergische Kursstufe stimmt zu über neunzig Prozent mit unseren PhV-Vorschlägen überein. Mit einem solchen Ergebnis konnten wir anfangs wirklich nicht rechnen.

Aus diesem Erfolg können wir lernen, wie der PhV auch künftig seine Ideen politisch erfolgreich einbringen und umsetzen kann: Mit **eigener, frühzeitiger Initiative, in guter Teamarbeit und mit langem Atem** während der Umsetzung. – Genauso, wie wir es bei der Kursstufe gemacht haben.

GBW: Als neuer Vorsitzender des Philologenverbandes Baden-Württemberg mit seinen fast 10 000 Mitgliedern haben Sie sicher einige Vorstellungen von der künftigen Verbandsarbeit. Wie sehen diese aus?

RALF SCHOLL: Ich möchte mich auch künftig gern **initiativ in die bildungspolitische Diskussion einmischen** – sei es im direkten Kontakt mit den Parteien, bei Podiumsdiskussionen oder in der Presse, im Rundfunk und im Fernsehen. Da habe ich ja ein gutes Vorbild in meinem Vorgänger Bernd Saur, dem ich an dieser Stelle ausdrücklich für seine sehr engagierte langjährige Arbeit danken möchte.

Vorerfahrungen in der **Öffentlichkeitsarbeit** bringe ich aus meiner Heidelberger Zeit mit: Ich war rund fünf Jahre freier Mitarbeiter bei der 'Rhein-Neckar-Zeitung'. Meine bisherigen Pressemitteilungen und Leserbriefe wurden von der Landespresse ausnahmslos aufgegriffen. Und mit einem Interview, gesendet vor einem Jahr in 'Landesschau aktuell', konnte ich bereits erste Fernseh-Erfahrungen machen. In diesem Zusammenhang noch eine Anmerkung: Für konstruktive Kritik bin ich immer dankbar. Ich möchte nicht, dass meine Person bei der Arbeit für den Philologenverband Baden-Württemberg im Mittelpunkt steht, sondern die Interessen des PhV und der Lehrkräfte an unseren Schulen.

GBW: Wie sehen Ihre Strategien für eine erfolgreiche Verbandsarbeit in den nächsten Jahren aus?

RALF SCHOLL: Wir steuern mit hoher Geschwindigkeit auf schwierige Zeiten zu: In vier Jahren werden wir **Nulleinstellungen in den Sprachen und Gesellschaftswissenschaften** haben. Wenn wir davor jetzt die Augen verschlie-

NICHT VERGESSEN!

Bild: Jana Behr/AdobeStock

ßen, wäre das genauso kurzsichtig wie der Selbstmörder, der vom Empire-State-Building springt und in Höhe des zweiten Stockwerks sagt: »Es geht doch alles viel besser, als mir vorhergesagt wurde.« Wir werden diese Nulleinstellungen nur dann verhindern können, wenn es uns gelingt, eine **Deputatsreduzierung** an den Gymnasien **vor der Landtagswahl 2021** auf die politische Agenda zu bringen.

Um das zu erreichen, müssen wir hartnäckig **politische Hintergründarbeit in allen Parteien** leisten, denn die **Landtagswahlprogramme** (und damit auch die Wahlgeschenke) werden bereits zum Frühjahr/Sommer 2020 festgezurr. Das heißt, wir müssen mehr und noch intensiver mit den Parteien sprechen, damit wir erfolgreich sind wie beim Thema 'Kurstufe' mit der CDU. Sowohl für die berufspolitischen Themen 'Einstellungen' und 'Deputat' als auch für das **bildungspolitische Thema G9 ist die nächste Landtagswahl ein entscheidender Zeitpunkt**. Je nach neuer Koalition und Positionierung der Parteien bekommen wir hoffentlich das von uns nach wie vor geforderte G9.

Und gerade vor einer Woche hat die Karlsruher SPD eine Rückkehr zum G9 gefordert. – Da müssen wir ansetzen! Wir dürfen nicht nachlassen, mit allen Parteien über das Thema 'G9' mit Nachdruck zu sprechen, um sie von der Notwendigkeit der Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium zu überzeugen.

Dafür benötigen wir einen engen Schulterschluss mit bestehenden Elterninitiativen und Eltern-Organisationen. Wenn wir alle G9-Unterstützer zusammenbringen, können wir genauso erfolgreich sein wie die Eltern in Nordrhein-Westfalen. Wir dürfen uns weder in bildungs- noch in berufspolitischer Hinsicht von unserer Konkurrenz, der GEW, die Butter vom Brot nehmen lassen. Zum **Gymnasium, Abitur** und ganz allgemein **zur Bildungspolitik** muss die **politische Meinungsführerschaft beim Philologenverband liegen**, verbindlich in den Formulierungen, aber hart in den Forderungen.

So streitbar, wie ich bisher für den Bezirk Nordwürttemberg gekämpft habe, so integrativ werde ich als Landesvorsitzender für **die Einheit des Philologenverbandes** eintreten und für einen auf Kompromissen basierenden Umgang der Bezirke miteinander. Darin sehe ich auch **meine Aufgabe** als Landesvorsitzender. **Denn: Kämpfen müssen wir miteinander vorrangig** gegen falsche Schwerpunktsetzungen und Ideologien in der Bildungspolitik.

Und noch etwas: Mit der **Autonomie**, die unsere Bezirksverbände satzungsgemäß und aufgrund unserer Geschichte haben, sind wir sehr gut gefahren. Die sollten wir unbedingt beibehalten.

Um etwas zu ändern, braucht man drei ganz große Es: sehr viel Energie, sehr viel Engagement und sehr viel Erfahrung. Mit einem guten Vorstandsteam können wir hoffentlich auch das vierte und fünfte E erreichen: **Erfolge** für den Philologenverband und handfeste **Ergebnisse** für uns Lehrkräfte. gbw

Außerordentliche Hauptvorstandssitzung am 12. Oktober 2018

Am 12. Oktober wird eine **außerordentliche Hauptvorstandssitzung** den Nachfolger von Dr. Horn als Schatzmeister wählen, denn die PhV-Satzung verlangt eine Nachwahl binnen zwei Monaten. Aber auch in der Übergangszeit ist der Philologenverband dank seiner ausgezeichneten Geschäftsstellenmitarbeiter immer handlungs- und vor allem zahlungsfähig geblieben.

Dafür geht mein ganz besonderer Dank an Nicole Danowski, die die ersten zwei Wochen dieses Sturms fast allein gemeistert hat, obwohl ihre eigentliche Aufgabe die Mitgliederbetreuung ist, sowie an Anna Jeschke, unsere Buchhalterin, und natürlich an Steffen Kottmann, unseren Geschäftsstellenleiter. Wenn man bedenkt, dass Nicole Danowski als Nestor dieser drei selbst erst seit Juni 2017 in der Geschäftsstelle arbeitet, Steffen Kottmann ohne Einarbeitungszeit im Januar 2018 begonnen hat, und Anna Jeschke erst seit März 2018 für unseren Verband arbeitet, lässt sich ermesen, welche herausragende Arbeit von ihnen geleistet wurde. Dafür gebührt ihnen in besonderem Maße Dank und Anerkennung!

R.S.

Terminvorankündigung:

Offenes Treffen des Berufspolitischen Arbeitskreises des PhV BW

Im Frühjahr 2019 wird (voraussichtlich an einem Samstag) eine offene Sitzung des neu entstehenden Berufspolitischen Arbeitskreises des Philologenverbandes Baden-Württemberg in der Stuttgarter Landesgeschäftsstelle stattfinden. Zu diesem Treffen sind alle Verbandsmitglieder herzlich eingeladen, die sich aktiv in die Diskussion und Positionsbestimmung des Philologenverbandes in berufspolitischen Fragen einbringen wollen, also zum Beispiel in die Themen Arbeitszeit, Arbeitsplatz Schule, Besoldung, Arbeits- und Gesundheitsschutz, Beamtenrecht, Datenschutz usw.

Interessierte sollten sich vorab beim berufspolitischen Referenten des Philologenverbandes, Cord Santelmann, per E-Mail an santelmann.cord@phv-bw.de melden. Sie werden dann in den entsprechenden Mailverteiler aufgenommen.

Karin Fetzner (stellvertretende Vorsitzende):

»Ich verfolge meine Ziele mit Nachdruck und hohem Einsatz!«

Im Rahmen der PhV-Vertreterversammlung am 6. Juli wurde Karin Fetzner, die seit 34 Jahren PhV-Mitglied und seit 20 Jahren PhV-Schulvertreterin am Edith-Stein-Gymnasium in Bretten ist, von den anwesenden Delegierten mit 126 von 210 abgegebenen Stimmen zur 2. Vorsitzenden gewählt.



Karin Fetzner
ist die neue stellvertretende
Vorsitzende des Philologenverbandes
Baden-Württemberg

tur dürfe nicht nur Studierberechtigung sein, sondern müsse breit angelegt sein und Studierbefähigung gewährleisten. In Übereinstimmung mit den Verbandszielen und auch angesichts steigender Erziehungs- und Sozialisationsdefizite der Kinder fordert sie die Wahlfreiheit zwischen G8 und G9, kleinere Klassen und Unterstützung in den Schulen durch mehr Sozialarbeit.

Berufspolitische Ziele

Für die Kolleginnen und Kollegen an den Gymnasien fordert Karin Fetzner gute Rahmenbedingungen für engagiertes Arbeiten - »ohne die Gefahr der Selbstausbeutung und Überlastung«. Ganz wichtig seien die Absenkung des Deputats auf 23 Stunden und Anrechnungstunden für Sonderaufgaben, um die vielen zusätzlichen Arbeiten durchführen zu können, »ohne das Kerngeschäft zu vernachlässigen«. Eine Erhöhung der Altersermäßigung stand ebenso auf ihrem Forderungskatalog wie die Einrichtung eines Einstellungskorridors für junge Lehrkräfte. Außerdem sei für absehbare Ausfälle eine Vertretung ab der 3. Woche bereitzustellen. So wie in Bayern müsse es mehr A14-Stellen und Aufstiegsmöglichkeiten geben. Um die »Stimmung und die Lage an der Basis« direkt spüren zu können, wolle sie die 'Bodenhaftung' nicht verlieren und mit einigen Stunden auch an der Schule aktiv bleiben.

H.-E.G.

Gleich zu Beginn ihrer Rede stellte Karin Fetzner deutlich heraus: »Uns alle verbindet dasselbe: Die Arbeit im Philologenverband ist uns wichtig, weil uns unsere berufliche Aufgabe am Herzen liegt.« Sie kenne »unser Schulsystem« nicht nur als Lehrerin, sondern auch aus Schülersicht durch ihre Kinder und aus Elternsicht - und dies auch durch eine fast zwanzigjährige Tätigkeit als Elternbeirätin.

»Wenn wir die beste Bildung für unsere Kinder wollen«, so Fetzner, dann müssten auch die Rahmenbedingungen stimmen. Dafür kämpfe der PhV und dazu wolle sie als stellvertretende Vorsitzende ihren Teil beitragen. Sie versprach, ihre Ziele und die Positionen des PhV mit Nachdruck und hohem Einsatz zu verfolgen, und bezeichnete sich als »Lehrerin aus Leidenschaft«, wozu auch der Anspruch gehöre, Schüler durch Anstrengung und Leistung zum Erfolg zu führen, was sie 'lebenstüchtig' mache.

Bildungspolitische Ziele

Karin Fetzner nannte als wichtigste bildungspolitische Ziele die Stärkung des vielgliedrigen Schulsystems mit passender Schullaufbahn für jedes Kind, die verbindliche Grundschulempfehlung und schließlich verpflichtende Inhalte statt 'leerer Kompetenzen in den Bildungsplänen'. Das Abi-

Zur Person Karin Fetzner

Berufliche Situation und PhV-Werdegang von Karin Fetzner

Karin Fetzner ...

- unterrichtet Mathematik und Physik am Edith-Stein-Gymnasium (ESG) in Bretten; vorher war sie im Laufe der Jahre an drei anderen Gymnasien gewesen;
- ist seit Gründung des ESG im dortigen Lehrerkollegium und damit ein 'Urgestein' dieser Schule, die jetzt ihr zwanzigjähriges Jubiläum feierte;
- war vierzehn Jahre lang am ESG Beauftragte für Chancengleichheit und nahm dadurch regelmäßig an der Schulleitungsrunde teil;
- ist seit 34 Jahren PhV-Mitglied und seit 20 Jahren Schulvertreterin am ESG Bretten;
- arbeitet als stellvertretende PhV-Regionalvertreterin in der Region Bruchsal und ist seit fünf Jahren Delegierte in der Vertreterversammlung und im Hauptvorstand;
- ist seit 2014 Schriftführerin im Bezirk Nordbaden und in dieser Funktion insbesondere zuständig für die Organisation von internen und öffentlichen Vortragsveranstaltungen mit Gewinnung namhafter Referenten (zum Beispiel Prof. Liessmann, Josef Kraus, Prof. Lankau, Prof. Klein, Dr. Burchardt und viele andere).
- engagiert sich seit Februar als Vorsitzende der Wahlkampfkommission.

Familiäre Situation in Kürze

- Ehemann, Eltern und Schwiegereltern sind verstorben;
- Glückliche Mutter zweier inzwischen erwachsener Töchter (adoptiert aus Korea);
- dadurch in einer Lebenssituation mit viel persönlicher Freiheit und Zeit für ein intensives Engagement für den Philologenverband.

Schule aus verschiedenen Blickwinkeln

Durch die Schullaufbahn der beiden Töchter ist Karin Fetzner die Schule auch aus der Schüler- und Elternsicht bestens vertraut: Während der gesamten Bildungslaufbahn ihrer Kinder war sie in den verschiedenen Institutionen Elternbeirätin im Kindergarten, an der Grundschule, am Gymnasium, an der Realschule und an der beruflichen Schule.

Diese Lebenserfahrungen kann und will sie in die Arbeit als stellvertretende Vorsitzende des Philologenverbandes einbringen.

Demokratiebildung und das neue Fach Wirtschaft in Baden-Württemberg

Die Demokratiebildung in Baden-Württemberg hat mit der letzten Bildungsplanreform im Jahr 2016 großen Schaden durch die Einführung des neuen Fachs 'Wirtschaft und Berufs- und Studienorientierung' (WBS) genommen. Dieses neue Fach wurde zulasten der gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Politik und Geographie und trotz des mehrheitlichen Protests der Fachlehrer, Fachverbände, Gewerkschaften und der Elternschaft eingeführt.

Das Fach WBS ist exemplarisch für die **fatale Tendenz zur Ökonomisierung der Bildung**, da sowohl der entsprechende Bildungsplan als auch die Ausgestaltung der Lehrerbildung nicht von Pädagogen oder Fachwissenschaftlern, sondern auf Initiative und unter maßgeblicher Mitwirkung einer wirtschaftsnahen Stiftung, der Dieter von Holtzbrinck-Stiftung, entstanden sind, einer Stiftung, die zudem personell eng mit führenden Akteuren des Kultusministeriums verflochten war.

Die Wirtschaftslobby in Form der Holtzbrinck-Stiftung bestimmte Fachinhalte und Lehrerbildung mit, rühmte sich dessen im Internet, band Kultusminister und hochrangige Ministeriale in eigene Gremien ein: eine **äußerst fragwürdige personelle Verflechtung von Politik und Wirtschaftslobby**.

Aus pädagogischer Sicht ist ein eigenständiges Fach 'Wirtschaft', zumal in der sachfremden Kombination mit 'Berufs- und Studienorientierung' am allgemeinbildenden Gymnasium fehl am Platz:

Am allgemeinbildenden Gymnasium darf es keine Trennung des Themas Wirtschaft vom politischen und sozialen Kontext geben. Wertfragen dürfen nie allein isoliert von ethischen und sozialen Gesichtspunkten allein nach wirtschaftlichen Prioritäten entschieden werden. Eine Wirtschaftsordnung ist nicht naturgegeben, son-



Cord Santelmann
ist Mitglied im Landesvorstand
des Philologenverbandes
Baden-Württemberg

dern ein politisches Konstrukt. Deshalb ist die traditionelle **Anbindung des Themas 'Wirtschaft' an die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer Geographie und Politik notwendig**.

Bildung hat nicht die Ausbildung zum 'Wirtschaftsbürger', sondern die Erziehung zum 'mündigen Bürger' als Ziel. Deshalb darf es auch **keine Trennung von Politik und Wirtschaft in der Lehrerbildung** geben, wie sie zeitgleich gegen alle Widerstände in Baden-Württemberg durchgesetzt wurde. Der bisherige Studiengang 'Politik und Wirtschaft' bereitete Lehrkräfte ideal auf die Aufgabe vor, Demokratiebildung und Wirtschaftsbildung sinnvoll zu vernetzen.

Die jetzige Trennung in zwei Fächer 'Politik' und 'WBS' macht Lehrkräfte mit Fächerkombinationen wie 'Sport' und 'Wirtschaft/WBS' möglich, die kein fundiertes universitäres Politikstudium absolvieren müssen. 'Wirtschaft/WBS' wird als isoliertes Fach und damit strukturell als 'Wert an sich' erscheinen, was es am allgemeinbildenden Gymnasium aber nicht ist. Wer einen wirtschaftsorientierten gymnasialen Bildungsgang wünscht, findet diesen am beruflichen Wirtschaftsgymnasium.

Die Kombination des Schulfaches Wirtschaft mit dem Erziehungsziel 'Studien- und Berufsorientierung' ist abwegig: Wirtschaft mag ein Schulfach sein, 'Studien- und Berufsorientierung' ist es nicht. Wirtschaftswissen kann man abprüfen, Studienorientierung ist ein Ziel der Persönlichkeitsentwicklung, kein Lernstoff. Dies

führt zu einer unzulässigen Verengung der Berufsorientierung auf Berufe in Wirtschaft und Industrie. Der sprachlich-musisch-künstlerische und der soziale Bereich sind strukturell ausgeklammert, ebenso der öffentliche Dienst. Dies ist eine Verengung der Berufsorientierung auf die Industrie- und Finanzwirtschaft und eine Glorifizierung von 'Entrepreneurship'.

Gegenüber der Öffentlichkeit wurde ein großartiges Beteiligungsverfahren samt Online-Beteiligungsplattform und der Anhörung dutzender gesellschaftlicher Akteure inszeniert. Die Grundsatzentscheidung für die Schaffung des eigenständigen Faches Wirtschaft/WBS stand aber nie zur Disposition, es gab keine ergebnisoffene gesellschaftliche Diskussion hierüber. Dementsprechend lief der mehrheitliche Protest aller Fachkundigen sowie der Verbände und der Elternschaft gegen WBS ins Leere.

Dieses pseudo-demokratische Verfahren erzeugt bei den Politiklehrkräften Frustration und widerspricht dem Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule, der ja Erziehung zur aktiven demokratischen Partizipation an politischen Prozessen zum Ziel hat. Inhaltlich widerspricht dieses Vorgehen dem Prinzip der Zweckfreiheit echter Bildung im Humboldt'schen Sinne. Es orientiert Bildung einseitig an ökonomischer Verwertbarkeit.

Was bleibt, ist **nicht Bildung, sondern nur Ausbildung**, wenn nicht gar Abrichtung, da im Rahmen der Kompetenzorientierung ja auch die 'Einstellungen' der Schüler vielfältig gesteuert werden sollen. Im Falle von Wirtschaft/WBS ist das zum Beispiel eine positive Einstellung zum Unternehmertum bzw. 'Entrepreneurship', wie es im Bildungsplan 2016 heißt. An der Lebenswelt der Schüler geht das zu neunzig Prozent vorbei, denn sie werden in aller Regel später als abhängig Beschäftigte arbeiten. ➤

Das ist dann in der Summe das genaue Gegenteil von Bildung. Denn Bildung darf nicht engstirnig und zweckorientiert, sondern muss breit angelegt sein, der Persönlichkeitsbildung dienen, Horizonte, Türen und Möglichkeiten eröffnen.

Menschenwürde besteht darin, dass der Mensch nicht einem fremden Zweck unterworfen werden darf. Dementsprechend muss Bildung grundsätzlich zweckfrei sein und darf nicht Zwecken unterworfen werden, die außerhalb der Person des Schülers liegen. Eine Bildung, die Schüler lediglich 'fit' (also 'passend') für etwas 'zurichten' will, zum Beispiel für hauptsächlich wirtschaftliche Anforderungen, greift zu kurz, ja sie ist unmenschlich.

Wir brauchen keine Ökonomisierung der Bildung, sondern deren Humanisierung!

Wir brauchen weniger Holtzbrinck und mehr Humboldt in der Bildungspolitik, wenn wir die Demokratiebildung stärken und die aktuellen Herausforderungen durch Migration, internationalen Isolationismus, Politikverdrossenheit und Extremismus jeder Couleur meistern wollen.

Wir brauchen eine humanistische Wende der Bildungspolitik, welche den Menschen, d. h. die Schüler und Lehrer, wieder ins Zentrum der Bildungsarbeit stellt.

Beitrag von Cord Santelmann zur Podiumsdiskussion im Rahmen der Tagung 'Demokratinnen und Demokraten fallen nicht vom Himmel' am 13. Juni in Bad Boll

PhV-Umfrage zum Unterstützungsbedarf der Datenschutzbeauftragten der Schulen

Mehr Anrechnungsstunden, Fortbildungs- und Unterstützungsmaßnahmen erforderlich

Nach einer zweijährigen Übergangsfrist ist die EU-DSGVO am 25. Mai 2018 in Kraft getreten. Sie bringt umfangreiche neue bzw. zusätzliche Dokumentations-, Kontroll- und Berichtspflichten für die schulischen Datenschutzbeauftragten mit sich, die deutlich über die zuvor geltenden Pflichten hinausgehen. Um die Schulen bei der Bewältigung dieser Aufgaben besser unterstützen zu können, hat der PhV BW im Juni/Juli 2018 eine Umfrage zur Situation des Datenschutzes an den Schulen durchgeführt, deren Ergebnisse hier zusammengefasst wiedergegeben werden.

Nicht immer genug interne Unterstützung an der Schule

Viele Rückmeldungen bestätigen, dass Schulleitungen und Kollegien die Datenschutzbeauftragten (DSB) nach Kräften unterstützen, aber gut ein Viertel der Rückmeldungen (27,8 Prozent) beklagt fehlende innerschulische Unterstützung. Zuweilen wird moniert, dass der Datenschutz von Schulleitung und Kollegium nicht ernst genug genommen wird, sodass sich die DSB an der Schule nicht immer wirksam für den Datenschutz einsetzen können.

Zu wenige Anrechnungsstunden

72,2 Prozent, also fast drei Viertel der Teilnehmer der Befragung, bemängeln das Fehlen von ausreichend Anrechnungsstunden für ihre Aufgaben als DSB. Nur 8,3 Prozent geben an, über ausreichend Anrechnung zu verfügen. 16 Prozent der Schulen, die sich zurückmelden, haben keinen eigenen DSB, sondern haben den DSB des Regierungspräsidiums (RP) benannt. Fast zwei Drittel der Rückmeldungen sehen den dringenden Unterstützungsbedarf in der Aufstockung der Anrechnungsstunden. Im Durchschnitt werden etwa zwei Anrechnungsstunden für den Datenschutz als angemessen angesehen.

Keine ausreichende Fachkunde und dringender Fortbildungsbedarf

Bei fast zwei Dritteln der Rückmeldungen (61,1 Prozent) beklagen die Datenschutzbeauftragten selbst zu geringe eigene Fachkunde. Über 80 Prozent der Rückmeldungen sehen deshalb dringenden Unterstützungsbedarf im Bereich der Datenschutz-Fortbildung. Als Fortbildungsthemen werden vor allem die neuen Regelungen der Europäischen Datenschutzgrundverordnung (EU-DSGVO) und konkrete Umsetzungs-

hilfen genannt. Gewünscht wird insbesondere eine Hilfestellung für die Verfahrensverzeichnisse und Vorlagen, Formulare, Mustertexte usw. für konkrete Themen.

Auch externe Unterstützung, verbindlichere Vorgaben und Modernisierung der Schulsoftware auf der Wunschliste

Ein gutes Drittel (38,9 Prozent) der Rückmeldungen fordert die Übertragung der Datenschutztätigkeit an externe Profis der Schulverwaltung bzw. der Schulträger oder zumindest eine Aufstockung der personellen Beratungsressourcen, d. h. der Ansprechpartner für Datenschutzfragen an den Regierungspräsidien.

Damit der Datenschutz an den Schulen ernster genommen und wirksamer durchgesetzt werden kann, fordern einige DSB verbindlichere und konkretere Vorgaben des Kultusministeriums, zum Beispiel bei der Einführung elektronischer Stundenpläne, beim Umgang mit Schülerfotos, bei der Einführung von Dienstmails, beim schulischen Computernetzwerk, bei der Schulhomepage usw.

Schulleitungen und DSB fordern auch verschiedentlich eine Vereinheitlichung und Modernisierung der schulischen Software in einer Weise, die die Tätigkeit des DSB der Schule erleichtert.

Forderungen des Philologenverbands Baden-Württemberg (PhV BW)

- Mit seinen Forderungen nach **Fortbildungsangeboten** und **Anrechnungsstunden** für die örtlichen Datenschutzbeauftragten der Schulen unterstützt der PhV BW die wichtigsten Anliegen der Datenschutzbeauftragten der Schulen.
- Der PhV BW fordert ebenso wie die Datenschutzbeauftragten der Schulen mehr **konkrete Umsetzungshilfen** für die vielen Aufgaben der DSB, wobei das Verfahrensverzeichnis das dringendste Thema ist. Konkretere einheitliche Vorgaben würden eine größere Verbindlichkeit und damit leichtere Durchsetzbarkeit des Datenschutzes an der Schule bringen.
- Der PhV BW fordert außerdem, die schulischen Datenschutzbeauftragten durch **externe Spezialisten** der Schulverwaltung oder Schulträger besser zu unterstützen. Auch eine Modernisierung der Schulsoftware scheint dringend geboten zu sein.

Cord Santelmann

Referent für die Themen IT/
Medien im Landesvorstand des PhV BW

Rückblick auf das Fortbildungsangebot des Arbeitskreises Arbeitnehmer (AKA) im Philologenverband Baden-Württemberg am 2. März 2018 in Stuttgart

'Rente' und 'Krankheit'

Das Fortbildungsangebot des Arbeitskreises Arbeitnehmer des PhV BW in Stuttgart mit den Schwerpunktthemen 'Rente' und 'Krankheit' wurde sehr gut angenommen. Den Auftakt der Veranstaltung bildete der sehr informative Vortrag von Robin Sanwald von der Deutschen Rentenversicherung.



>> Themen-Diagramm

Erstes Thema war dabei das Leistungsspektrum der Deutschen Rentenversicherung, die auch für Leistungen zur medizinischen Rehabilitation (Kur) aufkommt und umfassende Renteninformationen gibt. Eine umfassende Information seitens der Rentenversicherung empfiehlt sich vor allem bei Gefährdung der Erwerbsfähigkeit. Auch zum Thema 'Altersrente für Schwerbehinderte' gab es viele Rückfragen.

Im Anschluss daran referierte **Sieglinde Selinka** vom Philologenverband Baden-Württemberg über die Renteneintrittsregelungen für Lehrkräfte. Zur Klärung der Rentenansprüche sollte man rechtzeitig einen Beratungstermin bei der Deutschen Rentenversicherung ausmachen, um dort die zu erwartende Rente und die nötigen Schritte zu klären. Es gibt auch sehr gute Broschüren der Deutschen Rentenversicherung zu den diversen Themen.

Folgende Punkte sind wichtig:

- Beendigung des Arbeitsverhältnisses bei Erreichen des festgelegten Alters zur Regelaltersgrenze ohne

Kündigung mit Ablauf des Schulhalbjahres (31. Januar/31. Juli), in dem die Lehrkraft das gesetzlich festgelegte Alter zum Erreichen der Regelaltersgrenze vollendet hat (TV-L § 44 Nr.4).

- Vorzeitiger Renteneintritt möglich per Auflösungsvertrag (§ 33 (1) b) STEWI) zum Quartalsende oder Kündigung (§ 34). Hier Kündigungsfrist beachten, in der Regel sechs Monate. Es sind aber die lebenslangen Abschläge von 0,3 Prozent pro Monat zu beachten.
- Unter bestimmten Umständen und bei Mangelfächern ist auch eine Weiterbeschäftigung über die Regelaltersgrenze hinaus möglich. Dies geschieht über einen neuen Arbeitsvertrag (§ 33 (5)) oder durch einvernehmliches Hinausschieben des Beendigungszeitpunkts. Dazu ist ein Antrag beim Regierungspräsidium nötig, ein Rechtsanspruch besteht nach neuestem Urteil nicht.
- Die Hinzuverdienstgrenze ist auf 6300 Euro pro Jahr (brutto) gedeckelt, solange man noch nicht die Regelaltersgrenze erreicht hat – dazu zählen auch zum Beispiel Einkünfte aus Solaranlagen. Kapitaleinnahmen und Einnahmen aus Vermietung zählen nicht dazu.
- Frauen bekommen auch pro Kind 24 Monate (bei Geburt vor dem 1. Januar 1992) oder 36 Monate (Geburt nach dem 1. Januar 1992) Anrechnung.

Auch hierzu hatten die Teilnehmer viele Rückfragen und waren nicht immer erfreut über die nach Abzug aller Steuern und Abgaben verbleibende Rente.



>> Die Vorsitzende des Arbeitskreises Angestellte (AKA) im Philologenverband BW, Ursula Kampf, dankt dem Referenten der Deutschen Rentenversicherung, Robin Sanwald.

Nach der notwendigen Mittagspause berichtete **Ursula Kampf** über die erfreulichen Verhandlungen in der Einkommensrunde TV-L Frühjahr 2017 und den Erfolg unseres Dachverbands dbb, der die Forderungen des Philologenverbandes zur Erhöhung unseres Lebensunterhalts durchsetzte. Neu ist die Stufe 6 im TV-L, in die alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer aufsteigen, die bereits 5 Jahre in der Stufe 5 ihrer aktuellen Entgeltgruppe waren.

Im Jahr 2018 wird nun die Stufe 6 in zwei Etappen, nämlich ab 1. Januar 2018 (erster Teil) und ab 1. Oktober 2018 (zweiter Teil) eingeführt. Ein etwaiger individueller Strukturausgleich wird verrechnet. Der Stufenaufstieg erfolgt, wenn die oben genannten Voraussetzungen erfüllt sind, auch in der Freistellungsphase der Altersteilzeit. Mit der Einführung der Stufe 6 erfolgt eine Angleichung der Systematik von TVöD, dem Tarifvertrag für Bund und Kommunen, und dem für uns Lehrkräfte in Baden-Württemberg relevanten Tarifvertrag der Länder TV-L.

Wer eine Beförderung von E13 nach E14 anstrebt, sollte bedenken, dass der Aufstieg nicht immer stufen-gleich ist. Ein Garantiebetrag von



>> Mitglieder des Arbeitskreises Arbeitnehmer (AKA) des PhV BW und Veranstalterinnen des Info-Tags v.l.n.r.: Gabriele Müller-Blebschmidt (AKA Südbaden), Brigitte Beyrich (AKA Nordbaden), AKA-Vorsitzende Ursula Kampf, Sieglinde Selinka (AKA Südwürttemberg), Sylvia Schönfelder (AKA Nordwürttemberg).

64,13 Euro, bezogen auf das Tabellenentgelt, ist jedoch gewährleistet. Auch die Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld) reduziert sich von 50 Prozent auf 35 Prozent. In jedem Fall empfiehlt sich eine Beratung.

Krank – und dann? war das Thema von **Gabriele Müller-Blebschmidt**.

Hier gibt es wesentliche Unterschiede zu unseren beamteten Kollegen. Es seien nur die wichtigsten erwähnt: Krankschreibung gleich am ersten Tag einreichen, auch in den Ferien. Nach sechsen Wochen (!) endet eine Lohnfortzahlung, es gibt Krankengeld (rund zehn Prozent weniger). Die sechs Wochen addieren sich bei gleicher Erkrankung innerhalb eines halben Jahres. Krankengeld gibt es bis Ende der 39. Woche nach Beginn der Erkrankung. Auch hier empfiehlt sich die Beratung durch uns und die Krankenkasse.

Wichtig ist auch zu wissen, dass alle Arten der Wiedereingliederung, in denen nicht 100 Prozent des Arbeitsvertrages gearbeitet werden, zu der Zeit des Krankseins gerechnet werden, man arbeitet also auf Krankengeld und kann genauso gut daheim bleiben.

Da die Themen auf großes Interesse stießen, wie auch viele Rückmeldungen der Teilnehmer und Teilnehmerinnen zeigten, sind von den Veranstalterinnen (Ursula Kampf, Sieglinde Selinka, Brigitte Beyrich, Gabriele Müller-Blebschmidt, Sylvia Schönfelder) auch für das kommende Jahr weitere Angebote geplant.

Gabriele Müller-Blebschmidt

Einladung des Bezirks Nordbaden

'Bildung als Provokation'

Der Bezirksverband Nordbaden veranstaltet wieder einen öffentlichen Vortragsabend zu Themen der Bildungspolitik. Es ist dem Bezirk nochmals gelungen, dafür einen der bekanntesten und renommiertesten Redner zu Bildungsthemen im deutschen Sprachraum zu gewinnen: **Prof. Dr. Konrad Paul Liessmann** – Professor für Philosophie und Ethik an der Fakultät für Philosophie und Bildungswissenschaften der Universität Wien – spricht zum Thema 'Bildung als Provokation'.

Prof. Liessmann ist Mitbegründer der 'Gesellschaft für Bildung und Wissen' mit Sitz in Frankfurt und Autor vieler wichtiger Bücher zu diesem Bereich, beispielhaft genannt seien hier 'Theorie der Unbildung', 'Geisterstunde – Praxis der Unbildung' und das neueste Werk 'Bildung als Provokation'.

Der Bezirksverband Nordbaden freut sich auf einen erhellenden und spannenden Abend!



>> Prof. Dr. Konrad Paul Liessmann

Fotograf: Heribert Corn,
© Zoelnay Verlag/Heribert Corn, www.com.at

Nähere Angaben zur Veranstaltung

7. November 2018 um 19:00 Uhr in der Aula des Justus-Knecht-Gymnasiums Moltkestraße 33 | 76646 Bruchsal.

Der Eintritt ist frei, aber wegen begrenzter Platzkapazität und zur Planung wird um **Voranmeldung** gebeten unter liessmann2018@phv-nordbaden.de.

Karin Fetzner, stellvertretende PhV BW-Vorsitzende

PhV-Gespräch mit Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann

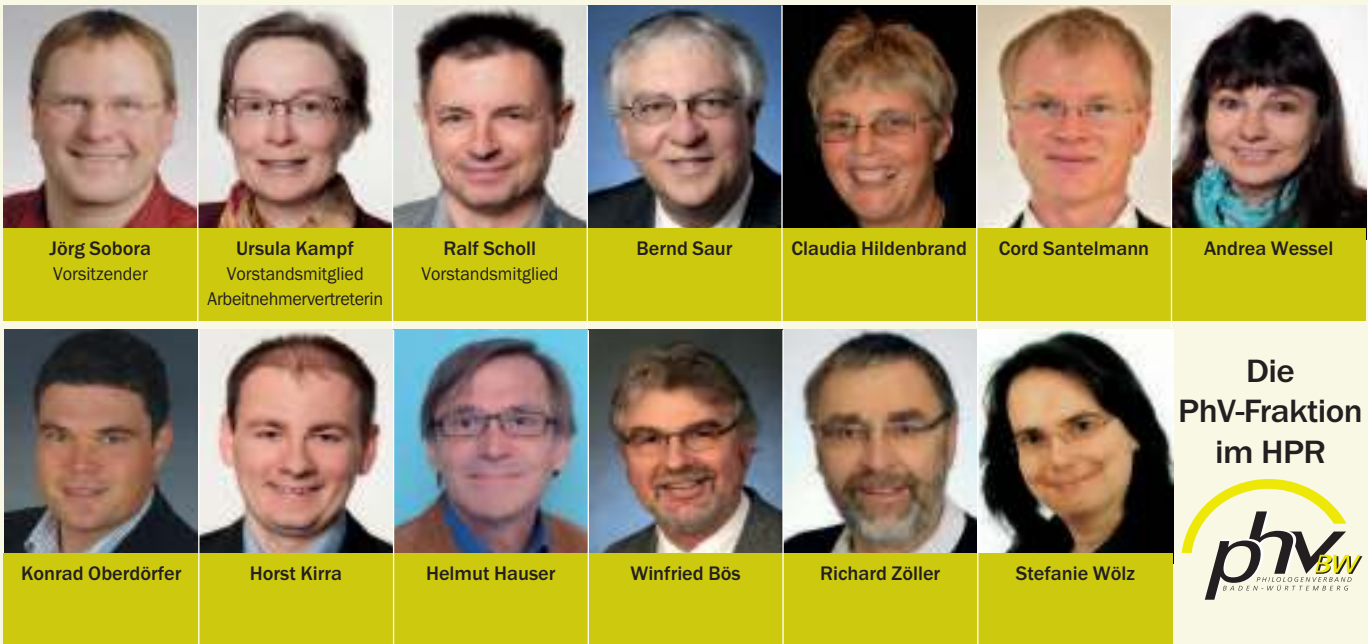
Die Vorsitzende des Deutschen Philologenverbandes (DPhV), Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing, und der PhV-Landesvorsitzende, Ralf Scholl, trafen sich am 4. September 2018 im Stuttgarter Kultusministerium mit Ministerin Dr. Susanne Eisenmann zu einem Gespräch über aktuelle bildungspolitische Themen. Im Mittelpunkt des offen, sachlich und in angenehmer freundlicher Atmosphäre geführten Gesprächs standen unter anderem das künftige Auswahlverfahren für Numerus-Clausus-Studi-



>> Das Bild zeigt v.l.n.r.: Prof. Dr. Susanne Lin-Klitzing (Vorsitzende des DPhV), Dr. Susanne Eisenmann (Kultusministerin BW) Ralf Scholl (PhV-Landesvorsitzender) und Jan Wohlgemuth (Koordinator der regionalen Arbeitskreise 'Gymnasium-Wirtschaft-Hochschule' im Kultusministerium)

engänge sowie die Bestrebungen der Kultusministerkonferenz, das allgemeinbildende Abitur und die gymnasiale Oberstufe deutschlandweit stärker zu vereinheitlichen.

Für Sie im HPR Gymnasien beim Kultusministerium + Für Sie im HPR Gymnasien beim Kultusministerium



Unterrichtsversorgung zum Schuljahresbeginn 2018/2019

Aufgrund des großen Überhangs an gymnasialen Bewerberinnen und Bewerbern konnten fast alle im Gymnasialbereich zur Besetzung anstehenden Stellen dauerhaft besetzt werden. Ausnahmen sind wenige Stellen in Bilden-

der Kunst und Physik. Nichtsdestotrotz wurden allein im RP Stuttgart bereits zu Schuljahresbeginn über 200 Stellen für Kranken-, Schwangerschafts- und Elternvertretungen im Rahmen von befristeten Beschäftigungen besetzt.

Abitur-Korrekturtag

Der HPR konnte sich mit dem Kultusministerium bisher nicht über seine Beteiligung bei der Festlegung der Abitur-Umschlagstermine bzw. des Umfangs der Abitur-Korrekturtag einigen – trotz einer Annäherung der Positionen. Ein Beschlussverfahren wird vom HPR angestrebt.

Qualitätskonzept des KM

Das Qualitätskonzept des Kultusministeriums sieht die Auflösung des Landesinstituts für Schulentwicklung vor. Zum 1. Januar 2019 ist die Gründung eines neuen Instituts für Bildungsanalysen vorgesehen, in dem die Erstellung von Lernstandserhebungen sowie die gesamte Fremdevaluation im baden-württembergischen Schulwesen gebündelt werden soll – basierend auf dem aktuellen Stand der Bildungsforschung.

Ebenfalls zum 1. Januar 2019 soll ein neues 'Zentrum für Schulqualität und Lehrerbildung' gegründet werden, in

dem die gesamte Lehreraus- und fortbildung gebündelt werden soll, von den Seminaren über die Fachberater bis hin zu den Landesakademien für Fortbildung. Die bestehenden Standorte sollen dabei nicht angetastet werden, eine Regionalisierung ist vorgesehen.

Die Schaffung dieser neuen Institute ist in Zeitverzug, sodass sie ihre tatsächliche Arbeit sicherlich nicht vor Schuljahresbeginn 2019/2020 aufnehmen werden. Im laufenden Schuljahr bleibt bezüglich der Lehreraus- und -fortbildung daher im Wesentlichen noch alles wie bisher.

A14-Beförderungen im Herbst 2018

Nach den sehr geringen Beförderungszahlen im Mai 2018 gibt es dieses Jahr im Oktoberverfahren deutlich mehr Beförderungsstellen (200) als in den letzten Jahren:

A14-Stellen im Oktober 2018

RP Stuttgart	70	RP Karlsruhe	51
RP Freiburg	54	RP Tübingen	45

Der Jahrgang 2007 wurde erstmalig zur Beförderung mit Note 1 geöffnet, die Jahrgänge 2004 bis 2006 mit Note 1 bis 2, die Jahrgänge 2003 und älter für dienstliche Beurteilungen mit Note 2.

Artikelverordnung zur neuen Kursstufe

Dem HPR wurden im Juni/Juli die neuen Regelungen für die Kursstufe im Rahmen des Anhörungsverfahrens vorgelegt. Diese Neuregelungen wurden juristisch in Form einer Artikelverordnung gefasst.

Neu ist insbesondere, dass die Schülerinnen zwei ihrer drei Leistungskurse mit doppelter Gewichtung in die Abitur-Wertung einbringen. Die Festlegung, welche

zwei Leistungskurse doppelt gewichtet werden, treffen die SchülerInnen nach der Ausgabe des vierten Halbjahreszeugnisses.

Außerdem wird – analog zum Vertiefungskurs Mathematik – ein Vertiefungskurs 'Sprache' eingeführt, der vertieft auf die Aufnahme eines philologischen oder gesellschaftswissenschaftlichen Studiums vorbereiten soll.

Wechsel im HPR-Vorsitz

Aufgrund der Wahl zum PhV-Vorsitzenden am 6. Juli 2018 habe ich mein Amt als HPR-Vorsitzender zum 31. Juli 2018 niedergelegt. Trotz Zehn- bis Zwölf-Stunden-Tagen im Juli war die Arbeit für beide Ämter nicht zu bewältigen.

Zum neuen HPR-Vorsitzenden wurde Jörg Sobora gewählt. Zukünftig erhalten Sie den HPR-Bericht also von ihm.

Ralf Scholl

Thema aktuell

heute: FDP

Für mehr Mut bei der Lehrgewinnung

Liebe Kolleginnen und Kollegen, nur auf den ersten Blick ging der Kelch an den Gymnasien vorüber: 700 Lehrerstellen konnten zum Schuljahr 2018/2019 laut Kultusministerium an allen Schularten außer am Gymnasium nicht besetzt werden. Daraus könnte man den Schluss ziehen, dass zumindest an den Gymnasien die Unterrichtsversorgung gesichert sei. Doch wer einen Blick auf die Vertretungspläne wirft, sieht sich eines Besseren belehrt: Eine erste so genannte Vollerhebung des Unterrichtsausfalls im Juni 2018 ergab für die Gymnasien, dass bei 12,7 Prozent des Unterrichts die originär zuständige Lehrkraft abwesend war. Davon wurden 6,1 Prozent vertreten und 6,6 Prozent fielen aus.

Bei solch hohen Ausfallquoten trotz vollständig besetzter Stellen kann etwas nicht stimmen! Entweder die Personalversorgung der Schulen ist auf Kante genäht oder das System der Zuteilung funktioniert nicht – oder beides. Tatsächlich fällt auf, dass das gesamte System wenig transparent ist. Denn anders als in anderen Bundesländern wird der Unterrichtsausfall in Baden-Württemberg bisher leider nur stichprobenartig erfasst. So wurde denn auch die schon erwähnte Vollerhebung von der Kultusministerin geradezu als Pionierleistung gefeiert. Von einer vollständigen und differenzierten Erhebung des Unterrichtsausfalls, wie beispielsweise in Hessen, ist Baden-Württemberg aber noch weit entfernt. Zwar hat die Kultusministerin bereits öffentlich Sympathie für einen entsprechenden Vorschlag der FDP/DVP Fraktion geäußert. Gleichwohl macht das Scheitern der geplanten Bildungsplattform 'ella' und des Schulverwaltungsprogramms 'ASV-BW' auf erhebliche Versäumnisse beim Aufbau



von Dr. Timm Kern,
MdB.

der technischen Grundlagen für eine zeitgemäße landesweite Datenverarbeitung aufmerksam. Die FDP/DVP Fraktion fordert die Kultusministerin dringend auf, sich eingehend mit den Erfahrungen anderer Länder und Bundesländer auseinanderzusetzen und zukunftsfähige Datenverarbeitungslösungen für Baden-Württembergs Schulen zu erarbeiten. Denn ohne Transparenz stoßern Regierung und Landtag bei der Zuteilung der Ressourcen im Nebel. Vor allem besteht keine nachvollziehbare Verbindung zwischen den 107 637 dort für das Jahr 2019 ausgewiesenen Lehrerstellen und dem tatsächlichen Personalbedarf der jeweiligen Schule vor Ort. Und so ist auch eine garantierte Unterrichtsversorgung nach dem Muster 100 Prozent Pflichtunterricht plus X für Vertretungsunterricht sowie für eigene Profile hierzulande alles andere als in greifbarer Nähe.

Aber was nützt das beste Verteilungssystem, wenn es beim Nachwuchs ganz erheblich hapert? Um die Unterrichtsversorgung langfristig sicherzustellen, müssten am Lehrerberuf Interessierte auch attraktive Arbeitsbedingungen vorfinden! Volle Klassen, die Sommerferien-Arbeitslosigkeit sowohl bei Referendaren und als befristet beschäftigten Lehrkräften sowie wenig Verlässlichkeit bei bildungspolitischen

Entscheidungen tragen eben nicht zur Attraktivitätssteigerung des Berufs bei. Wenig hilfreich ist auch, wenn Zweifel an der Rückendeckung von Staat und Gesellschaft aufkommen, in deren Dienst ein Lehrer steht.

Wir Freie Demokraten halten zusätzlich mehr Kreativität der Landesregierung bei der Lehrgewinnung für dringend erforderlich. Zwar ist Frau Dr. Eisenmann um die Demonstration von Tatkraft bei der Lehrgewinnung bemüht. Aber warum nimmt sie keine Verbesserungen beim Quereinstieg ins Lehramt vor allem in Mangelbereichen vor? Systematische Angebote der Beratung und verbindliche Nachqualifizierung wären nach unserer Auffassung das Gebot der Stunde. Und warum stößt unsere Forderung nach mehr Eigenverantwortung der Schulen vor allem im Bereich der Personalauswahl und Personalentwicklung auf taube grün-schwarze Ohren? Für viele Schulen gerade auch im ländlichen Raum wäre es eine große Hilfe, wenn sie Bewerbern direkt eine attraktive Berufsperspektive eröffnen könnten. Offensichtlich sind die ideologischen Gegensätze in der grün-schwarzen 'Komplementärkoalition' keine gute Voraussetzung für mutige politische Vorstöße. Solche wären aber notwendig – im Interesse der Zukunftsfähigkeit unseres Bildungswesens.

Zu guter Letzt möchte ich mich im Namen der FDP/DVP Fraktion bei Herrn Dr. Andreas Horn für die jahrelange erstklassige Zusammenarbeit bedanken. Leider kommt dieser Dank nun posthum. Jedenfalls fällt es schwer, sich das Magazin 'Gymnasium' ohne Herrn Dr. Horn vorzustellen. Er wird uns als engagierter Streiter für die gymnasiale Bildung in Erinnerung bleiben.

Arbeitsgemeinschaften der Elternbeiräte an den Gymnasien in den Regierungsbezirken Stuttgart, Tübingen und Freiburg

Michael Mattig-Gerlach, Aichelestraße 5, 70599 Stuttgart | Stephan Ertle, Kurze Straße 18, 88299 Leutkirch | Carsten T.Rees, Zikadenweg 4, 79110 Freiburg

Ministerin für Kultus, Jugend und Sport
des Landes Baden-Württemberg
Frau Dr. Susanne Eisenmann
Thouretstraße 6
70173 Stuttgart

Stuttgart, den 17. Juli 2018

Offener Brief zum Thema Unterrichtsausfall

Sehr geehrte Frau Ministerin Dr. Susanne Eisenmann, erfreut haben wir, die ElternvertreterInnen von 291 öffentlichen Gymnasien in den Regierungsbezirken Stuttgart, Freiburg und Tübingen zur Kenntnis genommen, dass Sie Verständnis dafür haben, dass wir ein Informationsbedürfnis über die tatsächliche Unterrichtsversorgung an den Schulen unserer Kinder haben. Mit unserer Erhebung im Regierungsbezirk Stuttgart und Ihrer Vollerhebung werden Sie ja sicher auch die von Ihnen geforderte »deutlich verlässlichere Datenbasis« bekommen haben, um »besser reagieren zu können«. (Zitate aus der FAZ).

Natürlich werden Sie auch dafür Verständnis haben, dass die Eltern und deren Kinder nicht darauf warten können oder wollen, bis eine Änderung der Ausbildung von Lehrern an den Universitäten z.B. zu mehr Pädagogen in acht oder zehn Jahren führen wird. Eine erfolgsgekrönte Politik wäre dann bestenfalls für bisher nicht eingeschulte oder noch gar nicht geborene Kinder relevant. Uns ist bewusst – und Ihnen sicherlich auch -, dass die aktuellen Schülerinnen und Schüler damit fertig werden müssen, dass sie durch den Unterrichtsausfall in acht Jahren Gymnasium das Unterrichtsziel bis zum Abitur de facto mit einem Schuljahr weniger erreichen müssen. Mit Recht erwarten wir taugliche Sofort-Maßnahmen, um schon im nächsten Schuljahr eine spürbare Veränderung der Unterrichtssituation zu erreichen.

- Wenn Lehrerverbände wie der PhV und Elternvertretungen wie der GEB Stuttgart eine mindestens 110-prozentige Unterrichtsversorgung fordern, dann gehört es aus unserer Sicht zu den Aufgaben des Kultusministeriums, darüber nachzudenken, ob man die zweifellos vorhandene Quantität an Lehramtsbewerbern im Gymnasialbereich in eine qualitativ verbesserte Unterrichtssituation einbinden kann. Das gilt für die Frage der Lerngruppengröße, für die Einführung von G9, was in den ersten vier bis fünf Jahren Lehrer einspart, vor allem aber für den Einsatz der Pädagogen in anderen als den studierten Fächern. Natürlich könnte man aus unserer Sicht die nicht gerade fächeroptimierten Lehramtskandidaten in Seminaren für den Unterstufenunterricht in Naturwissenschaften ausbilden und dadurch Kapazitäten der Fachlehrer in der Mittel- und Oberstufe frei machen. Sie haben diesen Vorschlag für die Umschulung von Gymnasiallehrern zu Grundschullehrern ja selbst gemacht. Bei der sehr viel näher liegenden Ausbildung zu naturwissenschaftlichem Unterricht von Gymnasiallehrern in der Unterstufe sollte dies sehr viel weniger problematisch – und überdies mit einem verbesserten Einstellungsangebot verbunden sein.

- Wenn Referendare nach bestandem Examen über die Sommerferien entlassen werden und damit auch zwei Monate kein Geld bekommen, dann ist dies keine Wertschätzung gegenüber den künftigen Lehrern unserer Kinder. Zwei Monate ohne Gehalt bei gleichzeitiger Ungewissheit über den Schulstandort – beides ist kein Anreiz, um gegebenenfalls ein Angebot aus anderen Bundesländern abzulehnen. Ganz besonders dann, wenn man ein 'Mangelfach' studiert hat, das in allen Bundesländern gefragt ist.
- Wenn einerseits Pensionäre angeworben werden, um in den Mangelfächern zu unterrichten, warum sucht man dann am anderen Ende der Pädagogen-Laufbahn nicht nach Lehramts-Studenten in höheren Semestern, die mit Lehrauftrag die Mangelfächer befristet unterrichten? Neben der sicher begrüßenswerten praktischen Unterrichtserfahrung würde diese Maßnahme für einige Studenten sicher auch finanziell das Studium attraktiver machen.
- Das gleiche Rekrutierungspotential müsste auch bei Quereinsteigern zu finden sein. Eltern beispielsweise, deren berufliche Qualifizierung gegeben ist, die gleichwohl zeitliche Kapazitäten für einen Lehrauftrag an einer Schule haben. Hier müssten schon längst Aktivitäten und öffentliche Ansprache an die potentiellen Interessierten erfolgt sein. Die Bedingungen für den Einstieg müssten bekannt, die bürokratischen Hürden auf ein Minimum beschränkt werden. Jede Schule hat ein enormes Potential an Eltern-Kompetenzen, die für Kurse- und Unterrichts-Lehraufträge genutzt werden könnte und müsste. Dies würde vor allem kurzfristig dafür sorgen, dass erheblich weniger Unterricht ausfallen würde als derzeit.

Sehr geehrte Frau Dr. Eisenmann, die oben erwähnten Maßnahmen könnten aus unserer Sicht die katastrophale Situation an den Schulen des Landes schon sehr schnell entkrampfen. Wir Eltern haben keine Zeit mehr, darauf zu warten, dass irgendeine Politik irgendwann die Lösung aller Probleme nicht nur verspricht, sondern auch bringt. Wir können nicht auf ein Abebben der Pensionswelle in zwei oder drei Jahren warten und auch nicht auf eine Attraktivitätssteigerung des Lehrerberufs für potentielle MINT-Absolventen an den Universitäten. Wir brauchen eine Änderung der Schulsituation jetzt – und erwarten entsprechende Maßnahmen von Ihnen ebenfalls jetzt, also zum nächsten Schuljahr.

Wir würden sehr gerne mit Ihnen ins Gespräch kommen über die aus Ihrer Sicht sofort, mittelfristig und langfristig wirkenden Maßnahmen. Wir sind jederzeit zu diesem Gespräch bereit

Mit freundlichen Grüßen

Michael Mattig-Gerlach
für den Vorstand der

ARGE
Stuttgart

Stephan Ertle
für den Vorstand der

ARGE
Tübingen

Carsten T. Rees
für den Vorstand der

ARGE
Freiburg

Stabübergabe bei den Jungen Philologen

Auch im neuen Schuljahr wieder viele Veranstaltungen im JuPhi-Angebot



>> Die JuPhi-Spitze unter neuer Leitung v.l.n.r.: die neue JuPhi-Landesvorsitzende Martina Scherer (Nordbaden), Laura Schönfelder (JuPhi-Vorsitzende im Bezirk Nordwürttemberg), Maximilian Röhrich (Südwürttemberg) und Pascal Maucher (JuPhi-Vorsitzender Südwürttemberg).

Am 6. Juli 2018 wurde auf der Vertreterversammlung in Fellbach die Position des JuPhi-Vorsitzenden auf Landesebene neu besetzt.

Martina Scherer (JuPhi Vorsitzende aus Nordbaden) löste Jörg Sobora als JuPhi-Vorsitzenden ab; mit ihr setzt sich das neue Team der Jungen Philologen nun aus einer Vorsitzenden und drei Stellvertretern zusammen: Laura Schönfelder (JuPhi Vorsitzende NW), Maximilian Röhrich (SW) und Pascal Maucher (JuPhi-Vorsitzender SW).

Das neue Team dankt Jörg Sobora herzlich für seine Arbeit; er war seit

>> Die Jungen Philologen des PhV BW blicken hoch über der Landeshauptstadt Stuttgart angesichts der erfreulich positiven Mitgliederentwicklung optimistisch in die Zukunft.



2010 JuPhi-Vorsitzender und freut sich nun, als neuer Vorsitzender des Hauptpersonalrats beim Kultusministerium daran anknüpfen zu dürfen.

Gleich am Samstag, 14. Juli, ging das neue Team in Klausur und stellte einen Plan für das kommende Schuljahr auf. Bei dieser Sitzung stand Jörg Sobora dem neuen Team noch mit Rat und Tat zur Seite.

Die Themen für die Jungen Philologen im kommenden Schuljahr sollen auch weiterhin folgende sein: die WAKAKO, der Arbeitskreis Bildung, der Austausch mit Kollegen an der Gemeinschaftsschule und Gespräche mit den Parteien, um nur einige Beispiele zu nennen. Das Ziel der Jungen Philologen ist es, sich in möglichst vielen Bereichen des Verbandes mit ihren Ideen einzubringen.

In den vier Bezirken finden unabhängig davon auch weiterhin unterschiedliche Veranstaltungen statt, zum Beispiel das Bewerbertraining für Referendarinnen und Referendare. Es sind auch Veranstaltungen zum Thema Schulrecht geplant. Ein weiteres Angebot wird „Fit für Führung“ sein. Es bleiben selbstverständlich die jährlichen Seminarvorstellungen, bei denen in allen Bezirken Unterstützung gebraucht werden kann; dafür sind als Ansprechpartner die Bezirke zuständig.

Beachten Sie zu unseren Veranstaltungen auch die Werbung auf der

Homepage oder die Informationen über die Schulvertreter an den Schulen in den jeweiligen Bezirken.

Wir möchten auf diesem Wege hier auch junge Kolleginnen und Kollegen einladen, bei unseren Klausurtagungen in der Stuttgarter Landesgeschäftsstelle teilzunehmen. Wer sich unsere Arbeit mal anschauen möchte, oder schon konkrete Ideen für uns hat, ist herzlich eingeladen. Wir würden uns sehr freuen, wenn wir Sie/Euch/Dich in Stuttgart begrüßen dürfen.

Wir brauchen Euch!!!

Hier sind die Termine für das kommende Schuljahr:

- **Samstag, 24. November 2018, von 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr;**
- **Samstag, 23. Februar 2019, von 10:00 Uhr bis 16:00 Uhr;**
- **Donnerstag, 4. Juli 2019, ab 17:30 Uhr.**

Hinweis: Alle Veranstaltungen finden in der PhV-Landesgeschäftsstelle statt.

Um Anmeldung per Mail wird gebeten: info@phv-bw.de oder

martina.scherer@phv-nordbaden.de

Martina Scherer

>> Die neue JuPhi-Landesvorsitzende, Martina Scherer (Nordbaden), dankte dem ausscheidenden bisherigen JuPhi-Landesvorsitzenden Jörg Sobora (Südwürttemberg), der im Rahmen des Amtswechsels an der Spitze des Verbandes den Vorsitz im Hauptpersonalrat beim Kultusministerium übernommen hat, für die geleistete Arbeit.



Philologenverband Baden-Württemberg:

»Widerspruch, Frau Kultusministerin!«

Der Philologenverband Baden-Württemberg widerspricht in einer Presse-Zumeldung vom 25. Juni 2018 der Argumentation des Kultusministeriums, das sich in seiner Pressemitteilung Nr. 38/2018 vom 21. Juni 2018 über die Petition 'G9 jetzt' als Stimmungsbarometer äußert.

In seiner Pressemitteilung vom 21. Juni 2018 nimmt das Kultusministerium Stellung zur aktuellen, von Eltern initiierten Petition 'G9 jetzt!'. Kultusministerin Dr. Eisenmann lehnt eine Ausweitung von G9-Zügen am allgemeinbildenden Gymnasium bzw. eine Rückkehr zum G9 vehement ab. Der Philologenverband widerspricht anhand einer Reihe von Beispielen und Fakten der Argumentation der Ministeriums.

In der Pressemitteilung des Kultusministeriums heißt es:
»Das achtjährige Gymnasium ist und bleibt der klassische und reguläre Weg zum allgemeinbildenden Abitur im Land. Darauf haben wir uns in der Landesregierung verständigt«, sagt Kultusministerin Dr. Susanne Eisenmann. »Auch mit den beiden Regierungsfractionen gibt es den klaren Konsens, nicht mehr über Schulstrukturen und parallele Angebote zum Abitur zu diskutieren. Diese immer wieder aufgewärmten Debatten erzeugen Unruhe und haben keinen qualitativen Mehrwert«, so die Kultusministerin.

PhV BW: Dies ist eine Verkennung von Tatsachen und daher eine unhaltbare Behauptung. Der 'klassische' Weg zum allgemeinbildenden Abitur war in Baden-Württemberg fast 200 Jahre lang G9 und nicht G8. Dies gilt für ganz Deutschland. G8-Bildungsgänge wurden im sogenannten Dritten Reich eingeführt. Nach dem 2. Weltkrieg sind die westlichen Bundesländer zu G9 zurückgekehrt, die östlichen bei G8 geblieben. Historisch gesehen ist G8 also die Ausnahme, nicht die Regel. Der qualitative Mehrwert von G9 liegt in mehr Zeit und Muße für vertiefte und breitere schulische Bildung und Persönlichkeitsentwicklung, was unsere jungen Menschen in einer immer komplexer und schwieriger werdenden Welt stärker und selbstbewusster macht. Dies hat man inzwischen in vier bevölkerungsreichen westlichen Bundesländern erkannt (Bayern, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen und Hessen), so dass ein bundesweiter Trend zur Rückkehr zu G9 bzw. zu einer Wahlfreiheit zwischen G8 und G9 beobachtet werden kann. Baden-Württemberg wird dieses Problem nicht auf Dauer aussitzen können. In diesen vier Bundesländern wohnen über fünfzig Prozent der Kinder in Deutschland. Das heißt, dass über die Hälfte unserer Kinder in Deutschland Zugang zu einem G9-Bildungsgang hat. Wenn Dr. Susanne Eisenmann sagt, man habe sich in der Koalition verständigt, nicht über »parallele Angebote zum Abitur zu diskutieren«, so stellt sich die Frage, warum dies bei der

völlig unsinnigen Etablierung von Oberstufen an Gemeinschaftsschulen dann anders ist. Diese Logik erschließt sich uns nicht.

Auch wollen wir die Kultusministerin daran erinnern, dass Punkt 6 des 20-Punkte-Regierungsprogramms des CDU-Spitzenkandidaten Guido Wolf im Landtagswahlkampf mit »Wir werden G8 und G9 nebeneinander ermöglichen« überschrieben war. Darin hieß es: »... wissen wir, dass sich viele Eltern, Lehrer und Schüler ein neunjähriges Gymnasium wünschen. Dem wollen wir dadurch Rechnung tragen, indem wir die Entscheidung zwischen G8 und G9 in die Hand der Schulen und damit der Eltern, Lehrer und Schüler legen.« Frau Kultusministerin sollte also bei der Verve ihrer Argumentation auch die Glaubwürdigkeit ihrer Partei zumindest ein Stück weit im Blick behalten.

In der Pressemitteilung des Kultusministeriums heißt es:
»Berufliche Gymnasien bieten exzellenten Weg zum Abitur in neun Jahren« Seit mehr als fünfzig Jahren gebe es in Baden-Württemberg mit den beruflichen Gymnasien einen Weg zum Abitur in neun Schuljahren, den mehr als 36 Prozent der Abiturientinnen und Abiturienten gehen. Damit gebe es ein flächendeckendes G9-Angebot, das dem Wunsch vieler Eltern nach einer längeren Lernzeit für ihre Kinder umfassend Rechnung trage. »Unsere beruflichen Gymnasien im Land leisten exzellente Arbeit und bereiten mit vielfältigen fachlichen Richtungen in besonderer Weise auf ein Studium und die Arbeitswelt vor. Ich sehe überhaupt keinen Grund, weshalb wir die beruflichen Gymnasien durch eine Rückkehr zu G9 unter Druck bringen sollten«, so Eisenmann.

PhV BW: Hier spielt das Kultusministerium in unzulässiger Weise berufliche und allgemeinbildende Gymnasien gegeneinander aus, denn das berufliche Gymnasium erfreut sich seit Jahrzehnten wachsender Beliebtheit. Von einer Bedrohung – auch noch zu Zeiten des G9 am allgemeinbildenden Gymnasium – konnte nie eine Rede sein. Außerdem: Wenn ein Gymnasium G9 braucht, dann doch wohl das allgemeinbildende Gymnasium mit seinem im Vergleich zum beruflichen Gymnasium viel breiteren Bildungsanspruch ('allgemein bildend'). Die Bildungsgänge sind außerdem nicht identisch, weshalb es eine Frage der Gerechtigkeit ist, auch den Schülerinnen und Schülern, die aus guten Gründen den Bildungsgang am allgemeinbildenden Gymnasium wählen, flächendeckend G9-Züge anzubieten. 'Unter Druck bringen' derzeit höchstens die beruflichen Gymnasien die allgemeinbildenden, denn an vielen Standorten wandern viele Schülerinnen und Schüler des allgemeinbildenden an das berufliche Gymnasium ab und zwar unter anderem deshalb, weil sie dort ein neuntes Schuljahr geboten bekommen, was ihnen die Kultusministerin am allgemeinbildenden Gymnasium versagt.

»So rum wird also ein Schuh draus«, kommentiert PhV-Ehrenvorsitzender Bernd Saur und fragt: »Mit welchem

Recht wird der Steuerzahler gezwungen, den Abiturienten am beruflichen Gymnasium und an den geplanten Oberstufen an Gemeinschaftsschulen ein neuntes Schuljahr zu finanzieren und dies den Abiturienten am allgemeinbildenden zu verwehren?«

Das Kultusministerium argumentiert:

G8 in der Fläche etabliert – 25 000 Unterschriften kein Stimmungsbarometer »Das achtjährige Gymnasium G8 wurde vor vierzehn Jahren eingeführt und ist internationaler Standard. G8 ist in der Fläche etabliert. Die Mehrheit der Eltern ist damit zufrieden und viele Schülerinnen und Schüler haben G8 seither problemlos bewältigt und gehen souverän ihren Weg«, sagt die Ministerin. Dass die Übergangsquote aufs Gymnasium seit der Einführung des achtjährigen Bildungsgangs kontinuierlich gestiegen ist, sei sicherlich auch ein Indiz für die starke Nachfrage nach G8. »Angesichts der rund 300 000 Gymnasiasten im Land sind knapp 25 000 Unterschriften bei weitem kein Stimmungsbarometer pro G9«, so Eisenmann. Gemessen an der Anzahl der Eltern mit Gymnasiakind sowie der Grundschulleitern, die sich für ein Gymnasium entscheiden, müsste die Petition eigentlich aus dem Stand heraus eine halbe Million Unterstützer finden. Dass dies nicht so sei, zeige, die Mehrheit der Eltern habe sich mit dem G8 nicht nur arrangiert, sondern akzeptiere es als etablierten Weg zum Abitur.

PhV BW: Das Kultusministerium vergleicht hier Äpfel mit Birnen. Von einem internationalen G8-Standard beim Gymnasium kann nur vordergründig die Rede sein, weil das, was klassischerweise gymnasiale Bildung in unserer Oberstufe ausmacht, in anderen Ländern in aller Regel im Grundstudium an den Universitäten vermittelt wird. In Frankreich muss vor Studienbeginn erst einmal ein Einführungskurs, ein sogenannter 'cours préparatoire' belegt werden, um die Studierfähigkeit zu erlangen. Baden-württembergische Abiturienten, die zusammen mit Abiturienten europäischer Nachbarländer an einer internationalen Universität studieren, stellen fest, dass sie besser auf ein Studium vorbereitet sind. Die Frage, was denn ein Abitur qualitativ beinhaltet, wurde schon damals, als Kultusministerin Schavan das G8 verbissen und mit aller Macht durchdrückte, völlig außer Acht gelassen. Frau Schavan hatte sich nur für die Zahl der Schuljahre interessiert. Was das 'Stimmungsbarometer' betrifft, so sind 25 000 Stimmen durchaus relevant, denn Online-Petitionen offenbaren naturgemäß nur die Spitze des Eisbergs, da ja nicht alle betroffenen Eltern und Schüler systematisch befragt werden. Wenn dies geschieht, zum Beispiel an den viel zu wenigen Standorten, an denen G8- und G9-Züge an allgemeinbildenden Gymnasien angeboten werden, dann entscheiden sich Eltern und Schüler regelmäßig zu achtzig bis neunzig Prozent für G9. Das dürfte ein eindeutiges Stimmungsbarometer sein! Im Übrigen zeigt der Vergleich zwischen der PhV-Petition von 2016 (14 600 Unterstützer) und der aktuellen Eltern-Petition (über 26 000 Unterstützer) einen klaren Trend, vor dem das Kultusministerium nicht die Augen verschließen sollte.

Das Kultusministerium führt die Bildungsforschung an:

Bildungsforschung: Rückkehr zu G9 keine positiven Effekte »Darüber hinaus gibt es keinen Beweis für die These, dass G8 Schülerinnen und Schüler benachteiligt. Im Gegenteil: Die empirische Forschung belegt, dass es so gut wie keine Unterschiede zwischen G8 und G9 gibt«, sagt Kultusministerin Eisenmann. Erst im vergangenen Jahr habe eine Untersuchung der Stiftung Mercator einige Mythen im Zusammenhang mit G8 widerlegt. Weder seien die G8-Schüler schlechter auf die Anforderungen eines Studiums vorbereitet, noch ließen sich Unterschiede in ihren fachlichen Leistungen nachweisen. Auch seien sie im Vergleich mit ihren G9-Mitschülern nicht gestresster. Prof. Dr. Ulrich Trautwein, Universität Tübingen, hat in seiner Studie 'Konsequenzen der G8-Reform' aus dem Jahr 2015 ebenfalls keine Unterschiede in den Leistungen zwischen G8- und G9-Absolventen festgestellt.

PhV BW: Hier wird die Bildungsforschung vom Kultusministerium in unzulässiger Weise verkürzt dargestellt. Prof. Trautwein kommt keineswegs zu einheitlichen Ergebnissen. Es ist richtig, dass die Studie keine Unterschiede bei den Physikleistungen feststellt. Die Trautwein-Studie zeigt aber auch folgende Ergebnisse:

- G9-Schüler verfügen im Vergleich zu G8-Schülern über eine signifikant bessere Leseleistung in Englisch,
- G9-Schüler zeigen bessere Leistungen in Biologie,
- G8-Schüler führen als Problem durchaus auch weniger Freizeit an,
- bei G8-Schülern zeigt sich ein stärkeres schulisches Belastungserleben und ein geringeres gesundheitliches Wohlbefinden.

Außerdem werden neuere Studien in unzulässiger Weise ignoriert. So kommt die Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) Mannheim 2018 zu dem Ergebnis, dass G8 die Chancengleichheit verringert. Siehe hierzu: <https://www.zew.de/de/presse/pressearchiv/hoehere-lernintensitaet-verringert-chancengerechtigkeit/> Es ist inzwischen völlig offensichtlich, dass ein Zwangs-G8 die Jungen benachteiligt, weil bei ihnen der Faktor Zeit eine größere Rolle spielt als für die Mädchen. So sind ja inzwischen die Jungen unsere Sorgenkinder. Das kann ein Kultusministerium nicht einfach ignorieren.

Schließlich führt das Kultusministerium das Kostenargument an:

Hohe Qualität der Gymnasien weiter stärken »Eine Rückkehr zu G9 würde den Steuerzahler jährlich knapp fünfzig Millionen Euro zusätzlich kosten. Für eine Reform, die nichts bringt, ist das ziemlich viel Geld«, so die Ministerin. Sinnvoller sei es, die hohe Qualität der Gymnasien zu sichern und weiter zu stärken, beispielsweise mit Vertiefungsstunden für die Pflichtabiturfächer Deutsch, Mathematik und Fremdsprachen oder mit der Weiterentwicklung der gymnasialen Oberstufe. Diese ermögliche den Schülerinnen und Schülern, ab dem Schuljahr 2019/2020 neue individuelle Schwerpunkte je nach Begabung und Interessen zu setzen.

PhV BW: Wenn G9 tatsächlich die genannten Mehrkosten verursachen sollte, dann hat sich unser Land diese fast 200 Jahre lang gut leisten können; dann muss dies angesichts des Mehrwerts für Bildung und Persönlichkeitsent-

wicklung auch weiterhin möglich sein, so wie es für die beruflichen Gymnasien und die geplanten Oberstufen an Gemeinschaftsschulen offensichtlich ganz selbstverständlich möglich ist. Wenn die anzusetzenden Negativfolgen von G8 gegengerechnet würden (Absenkung des Bildungsniveaus, Beeinträchtigung von Persönlichkeitsbildung und musisch-kultureller Bildung, Negativfolgen für das ehrenamtliche Engagement in Vereinen, Parteien und Kirchen, gesundheitliche Beeinträchtigungen, Beeinträchtigung der Studierfähigkeit und dadurch potenziell häufigerer Studienabbruch oder Studienfachwechsel usw.), dann würde man sehen, dass sich die Investition in G9 – gesamt und volkswirtschaftlich gesehen – sehr wohl rechnet.

In der 'Aktuellen Debatte' des Landtags am 6. Juni 2018 wies eine CDU-Abgeordnete (!) auf Folgendes hin:

»Wir hatten durch die Kombination aus G9, Wehrpflicht und altem Studiensystem die ältesten Schulabgänger und Uniabsolventen der OECD-Staaten. Konfrontiert mit dieser Konkurrenz kam der Ruf nach G8 auch aus der Elternschaft.«

PhV BW: Durch die Aussetzung der Wehrpflicht und die Umstellung der Studiengänge im Rahmen des Bologna-Prozesses hat sich diese Situation aber zwischenzeitlich entscheidend geändert. Wir stellen also fest, dass man jetzt zum G9 zurückkehren könnte, und die Studienabgänger wären trotzdem im Regelfall noch wesentlich jünger als früher. Wir stellen des Weiteren fest: Wegen des G8 ergibt sich jetzt an den Hochschulen das Problem, dass Studienanfänger teilweise noch relativ unreif und oft noch nicht einmal volljährig sind (was zum Beispiel dazu führt, dass sie ohne ihre Eltern keine Mietverträge für ihre Studentenwohnung unterschreiben dürfen). Man kann also durchaus die Frage stellen, ob ein zusätzliches Schuljahr – gerade auch im Hinblick auf die Studierfähigkeit – nicht nützlicher wäre als das, was viele Abiturienten derzeit in dem Jahr nach ihrem Abitur machen.

Mit seiner Pressemitteilung vom 21. Juni 2018 hat das Kultusministerium ein weiteres Mal bekräftigt, dass man ohne Wenn und Aber am Zwangs-G8 festzuhalten gedenkt. Es bleibt abzuwarten, wie lange man dies angesichts des bundesweiten Trends noch wird durchhalten können. Die baden-württembergischen Landeskinder werden jedenfalls doppelt benachteiligt: Während in manchem nördlichen Bundesland die Abiturdurchschnitte und damit die Chancen auf einen begehrten Studienplatz steigen, und die Kultusministerkonferenz es seit Jahrzehnten nicht schafft, eine Vergleichbarkeit des Abiturs in Deutschland herzustellen, wird den Schülerinnen und Schülern in Bundesländern mit G9 jetzt auch noch ein Lernjahr mehr zugestanden.

Bernd Saur resümiert: »Über den Länderfinanzausgleich finanzieren die baden-württembergischen Eltern und Steuerzahler die Privilegierung der Abiturienten anderer Bundesländer und die Diskriminierung ihrer eigenen Kinder. Und derweil reden unsere verantwortlichen Politiker von Chancengerechtigkeit. Ich bin wirklich gespannt, wie lange sie dies durchhalten werden.«



Bildungsexperten am 'Runden Tisch'

Kaum im Amt, nahm der neue PhV-Vorstand Gelegenheiten wahr, um mit bildungspolitischen 'Mitspielern' ins Gespräch zu kommen. Das Bild entstand kurz vor Sommerferienende und zeigt v.l.n.r. **Sylvia Felder** (MdL, stellvertretende bildungspolitische Sprecherin CDU-Landtagsfraktion), **Herbert Huber** (Vorsitzender des Berufsschullehrerverbands BW), **Dr. Karin Broszat** (Vorsitzende des Realschullehrerverbands), dahinter **Waldeemar Futter** (Vorsitzender des Seniorenverbands öffentlicher Dienst BW e.V.), **Karl-Wilhelm Röhm** (MdL, bildungspolitischer Sprecher CDU-Landtagsfraktion), **Dominik Ohly** (Parlamentarischer Berater CDU-Landtagsfraktion), **Leandro Cerqueira-Karst** (Vorsitzender des Landesschülerbeirats), **Karin Fetzner** (stellvertretende Vorsitzende des Philologenverbands BW), **Ardit Jashanica** (stellvertretender Vorsitzender des Landesschülerbeirats) und **Ralf Scholl** (Vorsitzender des Philologenverbands BW).



bbw-'Bildungstrio' – einig und gemeinsam stark

Gut erholt, bestens gelaunt und einig in wesentlichen Bereichen der Bildungs- und Berufspolitik präsentierten sich zu Beginn des neuen Schuljahrs am Rand einer Veranstaltung die drei Vorsitzenden des Realschullehrerverbands, des Berufsschullehrerverbands und des Philologenverbands: v.l.n.r. **Ralf Scholl** (Vorsitzender des Philologenverbands BW), **Dr. Karin Broszat** (Vorsitzende des Realschullehrerverbands BW) und **Herbert Huber** (Vorsitzender des Berufsschullehrerverbands BW).

Das 59. Internationale Bodenseetreffen in Lindau stand unter dem Motto:

»Demokratie braucht Bildung – mehr denn je!«

Zum 59. Mal trafen sich am 15. und 16. September 2018 Lehrkräfte Höherer Schulen aus Deutschland, Österreich, der Schweiz und Liechtenstein zum Bodenseetreffen – diesmal im 'Best Western Plus Marina Star Hotel' in Lindau. Eingeladen zu diesem traditionellen Treffen von Lehrkräften der Bodensee-Anrainerländer hatte in diesem Jahr der Bayerische Philologenverband.

>> Das Bodenseetreffen war in diesem Jahr gut besucht. Das Bild zeigt die nach Lindau gereisten Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Philologenverbandes Baden-Württemberg.



Michael Schwägerl, Vorsitzender des Bayerischen Philologenverbandes, konnte einen stattlichen Teilnehmerkreis begrüßen. Vorträge mit anschließenden Diskussionen zu den Themen 'Digitale Transformation – Was bedeutet das für die Demokratie?' (Prof. Dr. Ursula Münch, Direktorin der Akademie für Politische Bildung Tutzing), Podiumsdiskussion über das Thema 'Politische Bildung im digitalen Zeitalter' mit Prof. Dr. Ursula Münch, mit Annette Kreim, Leiterin der Gymnasialabteilung im Staatsinstitut für Schulqualität und Bildungsforschung, mit dem Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Heinz-Peter Meidinger, und mit Florian Schwegler, dem Pressesprecher des bayerischen Landesschülerrats und Landesschülersprecher. Moderiert wurde die Diskussion vom Vorsitzenden des Bayerischen Philologenverbandes, Michael Schwägerl.

Aus der Sicht der beteiligten Verbände ist es eine Aufgabe der Schule, ein Ort zu sein für Meinungsvielfalt,

Toleranz und die Auseinandersetzung mit Gegensätzen. Junge Menschen müssten lernen, ihre eigene Meinung einzubringen und sie durch andere hinterfragen zu lassen, von der eigenen abweichende Meinungen zu akzeptieren und Mehrheiten zu respektieren. Erst Bildung und Erziehung würden die Inhalte demokratischer Diskurse und Meinungsbildung definieren und einen festen Wertekanon ermöglichen, der als Leitschnur unseres Handelns diene. Damit komme den Schulen in der modernen Gesellschaft eine entscheidende Bedeutung zu.

Wenn in einer Demokratie die Demokratie selbst zum Inhalt von Nachrichten werde, dann werde deutlich, dass demokratische Prozesse nicht selbstverständlich seien. Sie müssten erlernt und geübt werden. Dies sei – heute umso mehr – Aufgabe der Schulen, denn 'Demokratie braucht Bildung!'. Unter diesem Motto stand das diesjährige Motto des Treffens. Demokratie müsse mit Werten gefüllt wer-

den, und damit Schule dies leisten könne, forderten die Lehrerverbände des 59. Bodenseetreffens und stellten in einer Pressemitteilung fest: »**Demokratie braucht die face-to-face-Kommunikation und soziales Miteinander; Grundlage der Demokratieerziehung sind die Werte einer Gesellschaft, repräsentiert durch die Lehrkraft.**«

Lehrerinnen und Lehrer sollten demokratische Prozesse an den Schulen nicht nur vermitteln oder moderieren, sondern müssten für die Werte der Gesellschaft eintreten und sie durch ihre Haltung vorleben. Eine neutrale, inhaltsleere Herangehensweise im Sinne einer reinen 'Demokratie-Kompetenz' reiche nicht und wäre falsch verstandene politische Neutralität.

Aktuelles politisches Geschehen gehört in die Klassenzimmer

In Zeiten, in denen immer weniger in Familien über Politik diskutiert werde, müssten aktuelle Ereignisse im Unterricht thematisiert werden. Es sei Aufgabe der Lehrkräfte, diese mit den Schülern zu behandeln, aufzuarbeiten und einzuordnen. »Wir können nicht jahrelang warten, bis ein Thema den Weg in den Lehrplan oder die Schulbücher gefunden hat«, hieß es in einer gemeinsam veröffentlichten Pressemitteilung zu diesem Treffen. Es brauche, egal ob in Deutschland, Österreich, der Schweiz oder Liechtenstein, ein Mehr an Bildung, »damit unsere wertebasierte Demokratie auch in Zukunft Bestand haben kann«.

Die teilnehmenden Verbände am Bodenseetreffen waren der Bayerische Philologenverband (diesjähriger Ausrichter), der Philologenverband Baden-Württemberg, der Gymnasiallehrerverein des Fürstentums Liechtenstein, die Österreichische Professorenunion, der Kantonale Mittelschullehrerinnen- und Mittelschullehrerverband St. Gallen und der Verein Schweizerischer Gymnasiallehrerinnen und Gymnasiallehrer. gbw

Im Gedenken an Wolfgang Goericke



Am 13. Juli verstarb Oberstudiendirektor i.R. Wolfgang Goericke im Alter von 70 Jahren.

Viele Jahre hat er sich für den Philologenverband eingesetzt und vom Schuljahr 1987/1988 bis zu seiner Pensionierung im Jahr 2009 das Martin-Schleyer-Gymnasium in Lauda-Königshofen erfolgreich geleitet.

Seit 1980 war Wolfgang Goericke Mitglied des Philologenverbandes Baden-Württemberg und hat sich im PhV auf vielen Gebieten und in verschiedenen Ämtern aktiv, später als Schulleiter auch immer wieder beratend eingebracht.

In den ersten Jahren seiner Lehreraufbahn unterrichtete Wolfgang Goericke am Lise-Meitner-Gymnasium in Remseck die Fächer Mathematik und Geographie. Damals betreute er zunächst als Regionalvertreter die PhV-Mitglieder der Region Ludwigsburg und arbeitete dann ab Ende der achtziger Jahre als 2. Vorsitzender des Bezirks Nordwürttemberg zusammen mit den damaligen Bezirksvorsitzenden Jürgen Rode und Karl-Heinz Wurster. Darüber hinaus vertrat er mehrere Jahre als BPR-Vorstandsmitglied im Bezirkspersonalrat Stuttgart alle Gymnasiallehrerinnen und -lehrer in Nordwürttemberg gegenüber dem damaligen Oberschulamt Stuttgart (heute: Abteilung 7 des Regierungspräsidiums Stuttgart).

Als Referent des Verbandes behandelte er bei bildungspolitischen Tagungen und auf Versammlungen verbandsintern Themen wie Altersteilzeit, Lehrernachwuchs-Gewinnung und Schulorganisation. Zu seinem Themenkreis gehörten sowohl die Beurteilungen als auch 'Anrechnungsstunden' und die Organisati-

on der gymnasialen Oberstufe. Sein Augenmerk richtete er Ende der neunziger Jahre auf die Überalterung vieler Lehrerkollegien: Er forderte, dass die Einstellung qualifizierten Nachwuchses oberste Priorität haben müsse.

Bei Hauptvorstandssitzungen nach der Jahrtausendwende referierte er unter anderem über die neuen Leistungsstufen und forderte 'Elemente zur Leistungsfeststellung'.

Im Rahmen der Schulvertreterversammlung des Bezirks Nordwürttemberg in Schwäbisch Gmünd wurde Wolfgang Goericke im Jahr 1999 aus seinem Amt als 2. Bezirksvorsitzender vom damaligen Bezirksvorsitzenden und späteren PhV-Landesvorsitzenden Karl-Heinz Wurster mit Dank und unter Anerkennung seiner Verdienste verabschiedet.

In Lauda-Königshofen engagierte er sich auch auf politischer Ebene und erwarb sich Verdienste als Vorsitzender des Komitees für die deutsch-französische Partnerschaft zwischen Lauda-Königshofen und Boissy-Saint-Léger.

2013 wurde er mit der Bürgerehrennadel der Stadt Lauda-Königshofen ausgezeichnet. Seine besondere Liebe galt der Jazzmusik, die er als Pianist in verschiedenen Instrumentalbesetzungen auch als Pensionär noch begeistert pflegte.

»Wolfgang Goericke war in seinem Wesen zwar eher zurückhaltend und still, zeichnete sich aber durch großen Fleiß, hohes Maß an Sachkenntnis, penible Genauigkeit, Zuverlässigkeit und durch seine Loyalität gegenüber dem Verband besonders aus«, charakterisierte ihn der ehemalige PhV-Landesvorsitzende Karl-Heinz Wurster.

Der Philologenverband Baden-Württemberg und viele seiner Wegbegleiter im Verband danken Wolfgang Goericke für seinen Einsatz und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Hans-Eckhard Giebel

Trauer um Lothar Diemer



Der Philologenverband Baden-Württemberg trauert um Lothar Diemer, der am 14. Juni 2018 unerwartet verstorben ist.

Lothar Diemer, Bereichsleiter für Mathematik am Staatlichen Seminar für Didaktik und Lehrerbildung, war seit einem Jahr pensioniert. Er hat als Mitglied des HPR (Außerschulischer Bereich) in der PhV-Fraktion über viele Jahre engagiert die Interessen der Seminare vertreten. In seiner Zeit als Lehrer am Hohenstaufen-Gymnasium Eberbach war er langjährig als Schulvertreter für den Philologenverband aktiv.

Als Chefredakteur der Abi-CD des Philologenverbands betreute er gewissenhaft die Redaktions-sitzungen und stand mit vielen Kolleginnen und Kollegen verschiedenster Fächer in regem Austausch. Er selbst konzipierte den Erwartungshorizont für den Fachbereich Mathematik.

Lothar Diemer galt als äußerst kompetenter, fleißiger und zuverlässiger Mitstreiter in vielen Fragen, die den Philologenverband betreffen. Sein Wort hatte Gewicht. Aufgrund seines offenen und hilfsbereiten Wesens wurde er als Gesprächspartner von vielen Kolleginnen und Kollegen sehr geschätzt.

Zuletzt hatte er sich bereit erklärt, die Wahlleitung auf der Vertreterversammlung am 6. Juli 2018 zu übernehmen. Unsere Anteilnahme gilt seiner Familie, seinen Angehörigen und Freunden.

Jörg Sieper

Philologenverband BW
Bezirksvorsitzender Nordbaden

In memoriam Dr. Andreas Horn

Der Philologenverband war sein Leben



>> Wir erinnern uns: Im Jahr 2016 gab es anlässlich des 70. Geburtstags von Dr. Andreas Horn (links) für ihn sehr großes Lob, Worte des Danks und der Würdigung seiner enormen Leistungen, die seine Verbandsarbeit auf vielen Gebieten und in verschiedenen Gremien des Philologenverbandes Baden-Württemberg auszeichneten. Das Bild blendet zurück zur Feier anlässlich seines 70. Geburtstags im Jahr 2016. Der damals noch amtierende Landesvorsitzende und heutige Ehrenvorsitzende Bernd Saur (rechts) gratuliert Dr. Horn und übermittelt ihm herzliche Glückwünsche des Philologenverbandes.

Bestürzt und fassungslos reagierte die PhV-Familie auf die Nachricht vom plötzlichen Tod unseres Schatzmeisters und Redakteurs unserer Verbandszeitschrift. Völlig unerwartet verstarb Dr. Andreas Horn bei seinem Wanderurlaub in den Kitzbüheler Alpen am 14. August 2018, zwei Wochen nach seinem 72. Geburtstag. Mit Andreas Horn verliert der Philologenverband Baden-Württemberg einen seiner großen Leistungsträger, der jahrzehntelang die Entwicklung und die Geschicke des Verbandes mitgeprägt hat und mit beeindruckender Schaffenskraft weit über seine Zurruhesetzung hinaus dem Verband treu diente. Mit Trauer und Dankbarkeit gedenken wir unseres Verstorbenen.

Dr. Andreas Horn studierte Mathematik und Physik in Tübingen, wo er auch promovierte. Nachdem er zunächst an der Universität Gießen tätig war, entschied er sich für den Schuldienst und unterrichtete bis 1986 an einem hessischen Gymnasium, bevor er nach Tübingen an die Geschwister-Scholl-Schule wechselte. Im Jahre 1990 wurde er zum Oberstudienrat ernannt und trat im Sommer 2010 in den Ruhestand.

Seit 1997 war er Mitglied des Örtlichen Personalrats an seiner Schule und ab 2005 dessen Vorsitzender. 1998 wurde er Mitglied des Bezirkspersonalrats Tübingen und im Jahre 2004 Mitglied des Hauptpersonalrats beim Kultusministerium. Andreas Horn war ein überaus kompetenter Personalrat, der sich nie mit vagen Behauptungen oder oberflächlichen Interpretationen zufrieden gab, sondern so lange nachfragte, bis er eine erschöpfende Auskunft erhielt, auf deren Grundlage er sich entscheiden konnte. So waren die Interessen unserer Kolleginnen und Kollegen bei ihm stets in besten Händen.

Bereits in Hessen war er dem Philologenverband beigetreten. An der Geschwister-Scholl-Schule in Tübingen wurde er rasch PhV-Schulvertreter und 1992 übernahm er das Amt des Regionalvertreters der Region Neckar-Alb und wurde Mitglied der Satzungskommission des PhV BW. 1996 avancierte er zum Vorsitzenden der Satzungskommission, ein Amt, das er bis zu seinem Tod innehatte. In den Jahren 2000 und 2018 wurden umfassende Satzungsänderungen vollzogen. Kraft seines Amtes war er hieran maßgeblich beteiligt. Akribisch, mit großer Um-

sicht und einem ausgeprägten Gespür für Satzungsfragen begleitete er federführend die Entscheidungsprozesse. Im Laufe der vielen Jahre seiner Tätigkeit hatte er beachtliche Kenntnisse in Rechts- und Satzungsfragen erworben.

Im Jahre 2000 wurde Andreas Horn zum Schatzmeister unseres Verbandes gewählt, ein Amt, das er nun also achtzehn Jahre innehatte. Er war ein überaus solider, umsichtiger und verlässlicher Sachwalter unserer Finanzen, die sich unter seiner Amtsführung außerordentlich positiv entwickelten. Den von einem Schatzmeister zu vollziehenden Balanceakt zwischen Anstrengungen zur Sparsamkeit einerseits und dem Blick für notwendige und sinnvolle Investitionen andererseits meisterte er hervorragend.

Im Jahr seiner Zurruhesetzung übernahm er zusätzlich die Redaktion unserer Verbandszeitschrift 'Gymnasium Baden-Württemberg' (GBW) sowie das Pressereferat. Bald wurde – zum Beispiel wenn wir gemeinsam Pressemitteilungen formulierten – deutlich, dass sich zu seiner Begabung in den Bereichen Finanzen und Rechtsfragen auch eine ausgeprägte Begabung im sprachlichen Bereich, also beim exakten und gekonnten Formulieren gesellte. Als ich ihn einmal darauf ansprach, hatte er dafür die Erklärung parat, dass er ja schließlich in der Schule Latein gehabt habe!

Auch bei der Organisation des Bodenseetreffens brachte sich Andreas Horn alljährlich tatkräftig ein.

Wie in der Personalratsarbeit, so waren ihm auch in der Bildungs- und Berufspolitik Solidität, Klarheit und Verlässlichkeit sehr wichtig. Er führte Befragungen und Erhebungen durch (zum Beispiel die alljährliche Erhebung zur Unterrichtsversorgung am Schuljahresanfang), um eine gesicherte Datenbasis für unsere PhV-Positionen und -forderungen zu gewinnen.

Andreas Horn identifizierte sich vollständig mit unserem Verband, für den

er sich unermüdlich einsetzte und der für ihn eine Herzensangelegenheit war. Zur Veranschaulichung mag eine weitere Bemerkung von ihm dienen, an die ich mich gut erinnere. Gefragt, warum er gestern Abend (es handelte sich um einen Sonntag) nicht mehr geantwortet habe, meinte er, er habe sich gestern Abend den Luxus geleistet, seinen PC gegen 23:00 Uhr herunterzufahren. Er leistete Kärnerarbeit für den Philologenverband. Er tat dies nicht laut und effekthaschend, sondern mit der ihm eigenen Zurückhaltung. Er wirkte und arbeitete eher im Hintergrund – konstant, präsent, fundiert, verlässlich, uneigennützig. Er war, was wir im Ländle gerne einen 'Kümmerer' nennen – im besten Sinn des Wortes. Sein ganzes Wirken war erfüllt von dem tiefen Wunsch, Verantwortung zu übernehmen, mit zu gestalten, seine Pflicht zu erfüllen. Ein Berufsverband kann sich keinen wertvolleren Mitstreiter vorstellen. Der Tod von Andreas Horn ist ein schwerer Schlag für den Philologenverband Baden-Württemberg, ein Verlust, dessen Tragweite erst in den kommenden Monaten in Gänze deutlich werden wird.

Andreas Horn liebte die Berge. Besonders gerne fuhr er ins Tannheimer Tal und seit einigen Jahren auch in die Kitzbüheler Alpen. Aus diesen kehrte er nun nicht wieder in seine Heimatstadt Tübingen zurück. In einem Tübinger Kalender mit schönen Fotos der schwäbischen Universitätsstadt fand ich unter dem Bild 'Neckarfront' das folgende Zitat von Otto von Bismarck: »Nichts verbindet so sehr wie gemeinsame Arbeit an gemeinsamen Aufgaben.«

Und weil dem so ist, weil wir so lange an gemeinsamen Aufgaben gearbeitet haben, verbindet uns so viel mit Andreas Horn. Wir werden ihn schmerzlich vermissen. In Dankbarkeit für alles, was er für den Philologenverband Baden-Württemberg geleistet hat, werden wir ihm stets ein ehrendes Andenken bewahren.

Bernd Saur
Philologenverband BW
Ehrevorsitzender



Bild: momius/AdobeStock

'Chancen und Gefahren sozialer Netzwerke im Unterricht'

Am 15. Juni hat der PhV-Referent für IT/Medien Cord Santelmann an der Pädagogischen Hochschule Heidelberg einen Impulsvortrag über 'Chancen und Gefahren sozialer Netzwerke im Unterricht' gehalten. Nachfolgend finden Sie, mit Ziffern versehen und kurz gefasst, jene Punkte, über die der Referent in seinem Vortrag ausführlich berichtet hat. Hier eine kurze Zusammenfassung der in Santelmanns Vortrag ausführlich behandelten Aussagen:

Die veröffentlichte Meinung ist sich weitgehend einig:

1. Die Zukunft ist digital.
2. Digitale Bildung ist besser.
3. Soziale Netzwerke bieten viele neue Möglichkeiten für den Bildungsbereich.
4. Soziale Netzwerke müssen bei der Vermittlung von Medienkompetenz eingesetzt werden.
5. Smartphones sind ideale Geräte für Unterrichtszwecke.

Stop! – Besinnen wir uns darauf, worum es bei Bildung eigentlich geht:

1. Lernen ist mehr als das Recherchieren von Informationen in einer digitalen Welt.
2. Die zentrale Bedeutung der Lehrerrolle im Bildungsprozess.
3. Bildung ist mehr als das 'Fit-Machen' für eine digitale Zukunft.
4. Digitalisierung droht die Bildung zu entmenschlichen.
5. Soziale Netzwerke werfen ungelöste juristische Probleme auf.
6. Soziale Netzwerke erzeugen Suchtverhalten.
7. Soziale Netzwerke verursachen Ablenkung.



ZUM WEITERLESEN

Der komplette Text des Vortrags von Cord Santelmann ist online abrufbar auf der Homepage der Gesellschaft für Bildung und Wissen unter: <https://bildung-wissen.eu/fachbeitraege/chancen-und-gefahren-sozialer-netzwerke-im-unterricht.html>

Nachruf

Wir trauern um unseren langjährigen Schatzmeister und Redakteur der Verbandszeitschrift

Dr. Andreas Horn

Herr Dr. Horn war seit vielen Jahrzehnten Mitglied im Philologenverband. Mehr als 20 Jahre lang engagierte er sich für die Kolleginnen und Kollegen als Personalrat, zuletzt bis 2010 im Hauptpersonalrat Gymnasien am Kultusministerium.

Seit dem Jahr 2000 fungierte er als Schatzmeister des Philologenverbands Baden-Württemberg. In dieser Zeit verwaltete er mit großer Sorgfalt und Umsicht unsere Finanzen.

Vor acht Jahren übernahm er zudem die Redaktion unserer Verbandszeitschrift »Gymnasium Baden-Württemberg« sowie das Pressereferat und trug damit große Verantwortung für das Erscheinungsbild des PhV BW in der Öffentlichkeit.

Bestürzt und fassungslos mussten wir erfahren, dass Dr. Andreas Horn am 14. August 2018 völlig unerwartet in seinem Urlaub verstorben ist. Mit ihm verliert der PhV BW einen Menschen, der über Jahrzehnte hinweg die Entwicklung des Verbandes mitgestaltet und geprägt hat.

Wir werden Herrn Dr. Horn ein ehrendes Andenken bewahren. Die Erinnerung an ihn bleibt lebendig.

Der Landesvorstand des Philologenverbands Baden-Württemberg e.V.
(stellvertretend für alle Mitglieder)

Die Urnenbeisetzung fand am 4. September 2018 auf dem Bergfriedhof Tübingen statt.

PhV-Delegation sprach mit FDP-Bildungspolitikern über aktuelle bildungspolitische Themen

Am 19. September trafen sich PhV und bildungspolitischer Arbeitskreis der FDP-Landtagsfraktion zum Meinungsaustausch über aktuelle bildungspolitische Themen.

Im Mittelpunkt des Gesprächs standen 'gymnasiale Oberstufen an Gemeinschaftsschulen' und die 'neue Oberstufe an allgemeinbildenden Gymnasien'. Ein weiteres Thema war 'Lehrerversorgung und Lehrereinstellung' mit der PhV-Forderung nach einer nachhaltigen Einstellungspolitik, damit jedes Jahr die besten eines jeweiligen Jahrgangs gewonnen werden können. Gesprochen wurde außerdem über die vom PhV schon lange geforderte 'Wahlfreiheit der Gymnasien vor Ort zwischen G8 und G9', einer Forderung, die von FDP und PhV gemeinsam erhoben wird. C.S./-gbw-



>> PhV und FDP im Gespräch: v.l.n.r. Harald Paulsen (parlamentarischer Berater der FDP-Landtagsfraktion), Klaus Hoher (MdL für die FDP), Andrea Pilz (bildungspolitische Referentin des PhV), Cord Santelmann (Referent für Berufspolitik im PhV BW), Stefanie Wölz (bildungspolitische Referentin des PhV BW), Ralf Scholl (Vorsitzender PhV BW), Dr. Timm Kern (MdL für die FDP, bildungspolitischer Sprecher der FDP).

Pressemitteilung

Erasmus+ macht Schule

Neue Veröffentlichung stellt
europäische Erfolgsprojekte vor



Erasmus+

Sechzehn
Projekte
aus dem

Schulbereich, die Fördermittel des EU-Programms Erasmus+ erhalten haben und im vergangenen Jahr aufgrund ihrer besonderen Qualität als Erfolgsgeschichte ('Success Story') ausgezeichnet wurden, werden in einer aktuellen Veröffentlichung des PAD vorgestellt.

Die Projektbeispiele bieten einen Überblick über die gesamte Bandbreite des Programms Erasmus+ und zeigen, auf welche vielfältige Weise europäischer Austausch Schulen bereichern kann. Kriterien für die Auswahl waren neben Innovation und Nachhaltigkeit auch die Wirkung und Übertragbarkeit einzelner Projektteile sowie die bildungspolitische Relevanz der Projekte. Zu den Erfolgsgeschichten zählen vier Projekte der Leitaktion 1 (Mobilitätsprojekte für Schulpersonal), bei denen es etwa um Weiterbildungen zur Integration geflüchteter Jugendlicher in Schule und Unterricht oder zur gewünschten Internationalisierung des Schulprofils ging. Hinzu kommen zwölf 'Success Stories' im Rahmen von Leitaktion 2 (Strategische Partnerschaften), mit denen Erasmus+ den Austausch guter Praxis und die Entwicklung innovativer Ideen für Schule und Unterricht unterstützt. So ging es in den bilateralen oder multilateralen Schulpartnerschaften beispielsweise um tiergestützte Pädagogik im Klassenzimmer, um die didaktische Bearbeitung von Sagen und Märchen für Kindergartenkinder durch angehende Erzieherinnen und Erzieher bzw. Kinderpflegerinnen und Kinderpfleger oder um die Motivation von Schülerinnen und Schülern im naturwissenschaftlichen Unterricht.

Informationen über alle Projekte gibt es auf der europäischen Projektergebnisplattform <http://ec.europa.eu/programmes/erasmus-plus/projects>. Die Veröffentlichung ist auf der Website des PAD unter www.kmk-pad.org eingestellt und kann kostenfrei beim PAD bezogen werden. E-Mail: pad@kmk.org

Torsten Heil, Pressesprecher/Press Officer,
Leiter der Pressestelle

Sekretariat der Kultusministerkonferenz (KMK)

Pressestelle | Taubenstraße 10 | 10117 Berlin

Tel.: +49 (0) 30 / 2 54 18-4 62 | Fax: +49 (0) 30 / 2 54 18-4 55

Mobil: +49 (0) 1 72 / 1 39 21 20 | E-Mail: torsten.heil@kmk.org

www.kmk.org

Wir feiern 2018 '70 Jahre Kultusministerkonferenz'



Bildung als Provokation

Vortrag von **Prof. Dr. Konrad Paul Liessmann**

Professor für Philosophie und Ethik

Fakultät für Philosophie und Bildungswissenschaften

Universität Wien

Mittwoch, 7. November 2018, 19:00 Uhr

Justus-Knecht-Gymnasium
Bruchsal, Moltkestraße 33

Veranstalter: Philologenverband BW, Bezirk Nordbaden

Eintritt frei
Wegen begrenzter Platzkapazität wird um
Voranmeldung unter

liessmann2018@phv-nordbaden.de

gebeten.



Bezirk Nordbaden

Ich erkläre hiermit meinen Beitritt zum Philologenverband

Baden-Württemberg ab

Name, Vorname

Straße Hausnummer

PLZ Ort

Geb.-Datum

Telefon

Fax

E-Mail

Status (bitte genaue Angaben):

Beamte/r, Amtsbezeichnung A

Arbeitnehmer/in, Entgeltgruppe E

Studienreferendar/in

Student/in

Dienststellung (StR, ...)

Fächerkombination

Deputat in Wochenstunden

Schulname

Schulort

SEPA-Lastschriftmandat

Philologenverband Baden-Württemberg | Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart

Gläubiger-Identifikationsnummer: DE73ZZZ00000261913 | Mandatsreferenz: Die Mandatsreferenz wird separat mitgeteilt

Hiermit ermächtige ich den Philologenverband Baden-Württemberg, den jeweils fälligen Mitgliedsbeitrag von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die vom Philologenverband Baden-Württemberg auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen.

Kreditinstitut

Kontonummer

Bankleitzahl

BIC

IBAN

D

E

Ich weiß, dass ich mit meiner Unterschrift die Satzung des Philologenverbands anerkenne. Ein Exemplar der jeweils gültigen Satzung geht mir auf Wunsch zu. Ich bestätige weiterhin, davon unterrichtet zu sein, dass nach § 7.2 der Satzung ein Austritt nur zum Ende eines Kalenderjahres mit drei monatiger Kündigungsfrist möglich ist.

Hinweis zum Datenschutz: Zur Verarbeitung der persönlichen Bankdaten im Rahmen des SEPA-Einzugsverfahrens gibt der Betroffene entsprechend Art. 6 Abs. 1 a DS-GVO die Einwilligung durch seine Unterschrift. Die anderen vorstehend angegebenen personenbezogenen Daten sind allein zum Zwecke des entstehenden Mitgliedschaftsverhältnisses erforderlich und werden auf der Grundlage von Art. 6 Abs. 1 b DS-GVO erhoben. Für jede darüber hinausgehende Nutzung dieser Daten und die Erhebung zusätzlicher Informationen bedarf es der Einwilligung des Betroffenen.

Ort, Datum

Unterschrift

Beitrittserklärung bitte ausgefüllt und unterschrieben an: **Philologenverband Baden-Württemberg**
Alexanderstraße 112 | 70180 Stuttgart | Fax: 07 11 / 2 39 62-77 | E-Mail : info@dphv-bw.de senden/faxen.

Auszug aus der ab 1. Juli 2018 geltenden Beitragsordnung (Beiträge pro Monat)

Staffelbeiträge* * Teilzeit wird entsprechend berücksichtigt	unter A 13/E 14	17,76 Euro	A 13/E 14	18,26 Euro
	A 14/E 15	19,56 Euro	A 15/E 15Ü	21,36 Euro
Feste Beitragssätze	Studenten	1,82 Euro	Referendare	3,65 Euro
			Pensionäre	7,30 Euro